

141

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

April 2026

Iran-Krieg bremst die Konjunktur

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2027

Sperrfrist: Freitag, 10. April 2026, 10:00 Uhr

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

April 2026

Iran-Krieg bremst die Konjunktur

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2027

Holger Bonin

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Felix Schröter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Autor:innen

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter, Klaus Weyerstraß

Titel

Iran-Krieg bremst die Konjunktur
Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2027
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast

Kontakt**Holger Bonin**

Wissenschaftlicher Direktor

T +43 1 59991-125

E holger.bonin@ihs.ac.at

Helmut Hofer

Prognoseverantwortlicher

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer

Pressesprecherin

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung.....	6
2	Die internationale Konjunktur	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länder und Regionen	19
3	Perspektiven der österreichischen Wirtschaft	33
3.1	Auswirkungen des Iran-Krieges.....	33
3.2	Außenwirtschaft	37
3.3	Privater Konsum	39
3.4	Investitionen	41
3.5	Öffentliche Haushalte	45
3.6	Löhne und Inflation.....	47
3.7	Arbeitsmarkt	48
3.8	Monetäre Entwicklungen	50
4	Tabellenanhang.....	53

Iran-Krieg bremst die Konjunktur

Die Verwerfungen im Zusammenhang mit dem Iran-Krieg bremsen die Konjunktur. Damit fällt die Erholung der österreichischen Wirtschaft deutlich schwächer aus, als es sich noch bis Ende Februar angedeutet hatte. Vor dem Hintergrund des aktuellen Energiepreisschocks nimmt das IHS seine Prognose für das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2026 und 2027 auf 0,5 % bzw. 0,8 % zurück. Ausgehend von 2,0 % zu Jahresbeginn dürfte die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2026 auf 2,9 % ansteigen und auch im kommenden Jahr mit 2,4 % über dem 2 %-Ziel der Europäischen Zentralbank liegen. Mit einer Arbeitslosenquote von 7,5 % bzw. 7,4 % dürfte die Lage am Arbeitsmarkt nahezu unverändert bleiben. Für das laufende Jahr erwartet das IHS ein Budgetdefizit von 4,2 % des Bruttoinlandsprodukts, für das kommende Jahr einen Wert von 4,1 %. Ohne den Iran-Krieg würde die österreichische Wirtschaft in den Jahren 2026 und 2027 um 0,5 bzw. 0,3 Prozentpunkte stärker wachsen. Die Inflation wäre um 0,9 bzw. 0,2 Prozentpunkte niedriger.

1 Zusammenfassung

Nach zwei Jahren mit BIP-Rückgängen legte die österreichische Volkswirtschaft im Jahr 2025 um 0,6 % zu. Dahinter lag ein kräftiges Wachstum zum Jahreswechsel 2024/2025, während die heimische Wirtschaftsleistung im dritten Quartal nur noch um 0,3 % zulegen und im Schlussquartal stagnierte. Getragen wurde der Aufschwung vom öffentlichen Konsum und den Ausrüstungsinvestitionen. Auch der private Konsum und die Exporte wurden ausgeweitet, während die Bauinvestitionen ihre Talfahrt fortsetzten. Sektoral wurde das Wachstum von den Dienstleistungen getragen, insbesondere den öffentlichen; die Industrierezession ging zu Ende.

Zu Jahresbeginn deuteten die Indikatoren auf eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung in Österreich hin. Mit dem Ausbruch des Iran-Krieges und dem dadurch ausgelösten starken Anstieg der Öl- und Gaspreise haben sich aber die Unsicherheit stark erhöht und die Konjunkturaussichten merklich eingetrübt. Darum nimmt das IHS seine Wachstumsprognose für Österreich auf 0,5 % im laufenden Jahr bzw. auf 0,8 % im Folgejahr zurück. Ohne den Iran-Krieg würde das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2026 und 2027 um 0,5 bzw. 0,3 Prozentpunkte mehr zulegen. Aufgrund des kriegsbedingten Energiepreisschocks hebt das Institut seine Inflationsprognose für dieses und das kommende Jahr auf 2,9 % bzw. 2,4 % an. Der Iran-Krieg lässt die Inflation um 0,9 bzw. 0,2 Prozentpunkte stärker steigen.

Diese Prognose ist mit großer Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Iran-Krieges und seiner Folgen für die Energiepreise behaftet. Der Prognose des IHS

liegen die Markterwartungen der globalen Energierohstoffpreise zum Stichtag 20. März zugrunde. Diese signalisieren eine Verknappung auf den Rohstoffmärkten. Die erwarteten Öl- und Gaspreise erreichen mit rund 107 US-Dollar pro Barrel und knapp 60 Euro je Megawattstunde im zweiten Quartal Höchststände. Während die erwarteten Ölpreise in der Folge merklich sinken, bleiben die erwarteten Gaspreise länger auf dem hohen Niveau. Für den Jahresdurchschnitt 2026 und 2027 wird mit einem Ölpreis von 90 bzw. 80 US-Dollar gerechnet, nach 68 US-Dollar im Vorjahr. Die Gaspreise steigen ausgehend von 37 Euro auf 54 Euro bzw. 46 Euro.

Die Weltwirtschaft hat sich im vergangenen Jahr trotz der US-Zollpolitik und der damit verbundenen handelspolitischen Unsicherheit robust entwickelt. Im Schlussquartal 2025 verlangsamte sich das Expansionstempo zwar merklich. Dies ist aber zu einem wesentlichen Teil dem vorübergehenden Shutdown der Bundesverwaltung in den USA geschuldet. Im vierten Quartal legte die US-Wirtschaft nurmehr um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zu, nach 1,1 % im dritten Quartal. Im Euroraum betrug das Wachstum im Schlussquartal des letzten Jahres 0,2 %, nach 0,3 % im dritten Quartal. In den asiatischen Schwellenländern expandierte die Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte kräftig.

Der Welthandel legte im Jahresdurchschnitt 2025 trotz der US-Zollpolitik um 4,4 % zu. Die Einfuhren in die USA gingen nach den Zollerhöhungen zwar etwas zurück. Dafür intensivierte sich aber der Handel in Asien. Zu Beginn des ersten Quartals 2026 deuteten die Indikatoren noch auf eine robuste Ausweitung der globalen Produktion hin. Die effektive Sperrung der Straße von Hormus und der damit verbundene Energiepreisschock sind aber eine erhebliche Belastung. Darum wird der Welthandel im laufenden Jahr vermutlich nur um 0,2 % expandieren.

Der kriegsbedingte Energiepreisschock schlägt sich global in steigender Inflation verbunden mit einer Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität nieder. Die Geldpolitik dürfte darauf insbesondere mit Zinserhöhungen reagieren. Vorausgesetzt, dass sich die Produktion und der Transport von Rohöl und Flüssiggas allmählich wieder normalisieren, dürfte die Entwicklung der Weltkonjunktur dennoch aufwärts gerichtet bleiben, allerdings mit langsamerem Tempo als in der Winter-Prognose des IHS erwartet wurde. Sollte die Iran-Krise bald überwunden werden können, dürfte das Wachstum des Welthandels im kommenden Jahr mit 2,0 % wieder deutlich kräftiger ausfallen.

Die Entwicklung der internationalen Konjunktur in den Jahren 2026 und 2027 schätzt das IHS wie folgt ein: Die US-Wirtschaft sollte in beiden Jahren jeweils um 1,8 % zulegen, nach 2,1 % im Vorjahr. Für den Euroraum wird die Prognose der Wachstumsrate aufgrund des Energiepreisschocks auf 0,8 % bzw. 1,1 %

zurückgenommen. Die Wirtschaftsleistung Chinas dürfte dieses und kommendes Jahr um 4,5 % bzw. 4,3 % zulegen. Das Wachstum der Weltwirtschaft wird sich nach 3,3 % im Vorjahr auf voraussichtlich jeweils 2,8 % verlangsamen.

Mit 0,5 % ist der private Konsum in Österreich im vergangenen Jahr etwas langsamer gestiegen als in der Winter-Prognose erwartet. Im Prognosezeitraum wird die spürbar steigende Inflation die Entwicklung der realen Haushaltseinkommen dämpfen. Vor diesem Hintergrund nimmt das IHS seine Prognose für die Expansion des privaten Konsums im laufenden Jahr auf 0,5 % zurück. Für das Jahr 2027 wird ein Konsumwachstum von 0,7 % erwartet. Damit fällt die Sparquote, ausgehend von 9,9 % im Vorjahr, auf 9,3 % bzw. 9,1 %.

Die Ausrüstungsinvestitionen der österreichischen Wirtschaft haben im vergangenen Jahr mit einem Wachstum von 5,0 % stark zugelegt. Günstigere Finanzierungsbedingungen, ein Bedarf an Ersatzinvestitionen sowie die Erholung der Industriekonjunktur dürften dazu beigetragen haben. Mit dem Iran-Krieg verschlechtern sich die Aussichten für die Investitionen jedoch merklich. Gründe sind die Eintrübung der nationalen und internationalen Konjunktur, die gestiegene Unsicherheit sowie die Erwartung von Leitzinserhöhungen, die sich bereits in gestiegenen Kapitalmarktzinsen widerspiegelt, und damit verbunden ungünstigere Finanzierungsbedingungen.

Das IHS rechnet daher damit, dass sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen in Österreich auf 1,5 % im laufenden Jahr bzw. 2,0 % im kommenden Jahr verlangsamt. Bei den Bauinvestitionen zeichnet sich weiterhin keine Trendwende ab. Nach einem Minus von 2,9 % im Jahr 2025 wird auch für das laufende Jahr ein Rückgang von 1,9 % erwartet. Insbesondere der Wohnbau dürfte schwach bleiben. Die erwarteten steigenden Finanzierungskosten belasten die Bautätigkeit und die Baubewilligungen sind zuletzt wieder zurückgegangen. Im kommenden Jahr dürften die Bauinvestitionen abermals sinken (-1,0 %). Die Prognosen für Ausrüstungs- und Bauinvestitionen bedeuten, dass die realen Bruttoanlageinvestitionen im laufenden Jahr stagnieren und nächstes Jahr um 0,9 % wachsen dürften.

Im vergangenen Jahr haben Österreichs reale Warenexporte annähernd stagniert (-0,2 %). Damit hat die österreichische Exportwirtschaft weitere Marktanteilsverluste erlitten. Während die Exporte in die USA schwach geblieben sind, haben die Ausfuhren in andere Regionen wieder etwas an Fahrt gewonnen. Dieses moderate Wachstum dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Für die Jahre 2026 und 2027 erwartet das IHS daher ein Wachstum der Warenexporte von 0,6 % bzw. 2,0 %. Diese Erwartung stützt sich auf die produktivitätsorientierten Lohnabschlüsse in der Industrie, Unternehmensumfragen sowie die steigenden Auftragseingänge.

Allerdings gehen von der weiterhin hohen handelspolitischen Unsicherheit und insbesondere den Folgen des Iran-Krieges hohe Risiken für die globale Industriekonjunktur aus. Für die Gesamtexporte laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung prognostiziert das IHS für dieses und kommendes Jahr eine Expansion von 1,1 % bzw. 2,1 %. Die realen Importe sollten in annähernd gleichem Tempo expandieren (1,0 % bzw. 2,2 %).

Der vom Iran-Krieg ausgelöste neuerliche Energiepreisschock treibt die Inflation auch in Österreich. Zwischen Dezember 2025 und Februar 2026 ging der Anstieg des Verbraucherpreisindex von 3,8 % auf 2,2 % zurück. Hierfür war primär die Energiekomponente verantwortlich. Dazu beigetragen haben wegfallende Basiseffekte in Folge ausgelaufener fiskalpolitischer Ausgleichsmaßnahmen aus dem Jahr 2024 sowie die Senkung der Energieabgabe auf Strom.

Im März hat der Verbraucherpreisindex mit dem sprunghaften Anstieg der Ölpreise, die unmittelbar die Spritpreise in die Höhe treiben, jedoch wieder deutlich stärker zugelegt. Im weiteren Verlauf werden sich auch die gestiegenen Preise für Gas und Düngemittel sowie die höheren Transportkosten bei den Lebensmitteln allmählich in der Inflationsrate niederschlagen. Die zeitlich verzögerte Weitergabe der Energiepreisanstiege entlang der Wertschöpfungskette dürfte auch die Industriegüter verteuern. Dagegen sollten die moderaten Kollektivvertragsabschlüsse zu geringeren Anstiegen bei den Dienstleistungspreisen führen.

Letztlich werden die vom Iran-Krieg ausgelösten Inflationseffekte sowohl von dessen Dauer und Intensität abhängen als auch davon, wie stark sich der Energiepreisschocks auf die Wirtschaft überträgt. Aktuell rechnet das IHS im Jahresdurchschnitt 2026 mit einer Inflationsrate von 2,9 %. Im Folgejahr sinkt die Inflation, sofern der Kriegsverlauf die Energiepreise nicht weiter anfeuert, dann wieder auf 2,4 %. Damit entspricht die für Österreich prognostizierte Inflationsentwicklung in etwa der im Euroraum (2,7 % bzw. 2,5 %).

Aufgrund der schwächeren wirtschaftlichen Dynamik wird sich der Arbeitsmarkt etwas ungünstiger entwickeln als in der IHS-Winter-Prognose erwartet. Dennoch dürfte die Anzahl der Beschäftigten weiter zulegen: 2026 um 0,2 % und 2027 um 0,4 %. In Verbindung mit einem Arbeitskräfteangebot, das demografisch bedingt nur noch langsam zunimmt, resultiert daraus für den Jahresdurchschnitt 2026 eine Arbeitslosenquote von 7,5 %, eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 0,1 %. Für das kommende Jahr erwartet das IHS, dass die Arbeitslosenquote wieder auf 7,4 % zurückfällt.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum von der unterstellten Fortsetzung des Kurses der Budgetkonsolidierung geprägt. Im Vorjahr belief sich das gesamtstaatliche Defizit Österreichs auf 4,2 % des BIP. Während das Defizit auf Ebene der Länder und Gemeinden etwas höher ausgefallen ist, hat der Bund deutlich weniger neue Schulden gemacht als geplant. Dadurch stellt sich die fiskalische Ausgangslage für das laufende Jahr etwas besser dar als zuletzt eingeschätzt. Zugleich dürften die eingetrübten Wachstumsaussichten die Budgetperspektiven verschlechtern. Den aktuellen fiskalpolitischen Status quo vorausgesetzt, rechnet das IHS aufgrund der Kombination von budgetbelastenden und budgetentlastenden Faktoren, für dieses und kommendes Jahr mit gesamtwirtschaftlichen Defiziten von 4,2 % bzw. 4,1 % des BIP.

Diese Frühlings-Prognose des IHS ist mit besonders hohen Risiken behaftet. Eine weitere Eskalation des Iran-Krieges würde die Energiepreise weiter antreiben, die Inflation und die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure noch mehr erhöhen und damit die ökonomische Aktivität stärker dämpfen. Um der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Energiepreise Rechnung zu tragen, hat das IHS ein Alternativszenario berechnet, in dem die Erdöl- und Erdgaspreise in der Spitze stärker steigen und im gesamten Prognosezeitraum höher bleiben als im für die Frühlings-Prognose unterstellten Basisszenario. In diesem Alternativ-Szenario ergibt sich für die Jahre 2026 und 2027 ein BIP-Wachstum von 0,3 % bzw. 0,7 %. Die jahresdurchschnittliche Inflationsrate steigt im Alternativ-Szenario auf 3,1 % im laufenden bzw. 2,8 % im kommenden Jahr.

Neben den geopolitischen Gefahren bestehen weitere Risikofaktoren. Die hohe Unsicherheit über die weitere Preisentwicklung könnte die Konsumstimmung in Österreich trüben, und eine höhere als in der Prognose erwartete Sparquote würde das Wachstum aufgrund ausfallender Nachfrage dämpfen. Eine starke Übertragung der durch den neuerlichen Energiepreisschock ausgelösten Preissteigerungen auf die Lohnentwicklung dürfte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie weiter schwächen und damit Investitionen und Exporte dämpfen.

Wird dagegen die Krise als Chance genutzt, um substanzielle Strukturreformen in Österreich zügig umzusetzen, könnten zusätzliche Gewinne an Produktivität dem Wachstum mehr Schub geben.

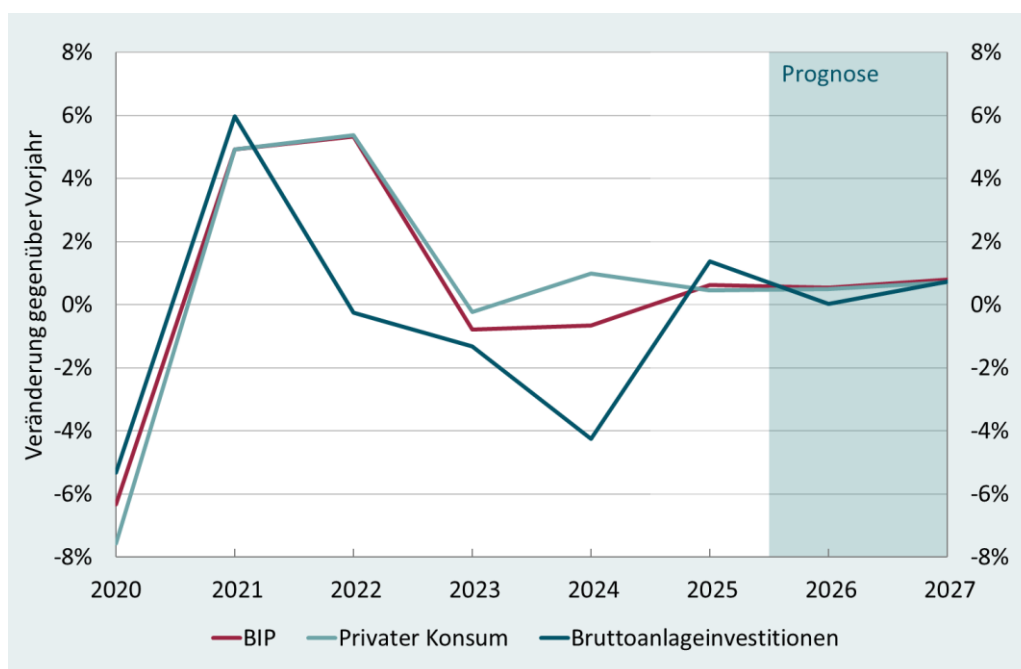
Tabelle 1: Hauptergebnisse der IHS-Prognose
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt, real	0,6	0,5	0,8
Privater Konsum, real	0,5	0,5	0,7
Bruttoinvestitionen, real	2,0	0,8	1,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,4	0,0	0,7
Ausstattungsinvestitionen, real	5,0	1,5	2,0
Bauinvestitionen, real	-2,9	-1,9	-1,0
Inlandsnachfrage, real	1,4	0,4	0,8
Exporte i. w. S., real	0,3	1,1	2,1
Waren, real (laut VGR)	-0,2	0,6	2,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,8	2,0	2,0
Importe i. w. S., real	1,7	1,0	2,2
Waren, real (laut VGR)	1,7	0,5	2,3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,9	2,0	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0,2	0,2	0,4
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	7,4	7,5	7,4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,7	5,7	5,6
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	3,6	2,0	2,3
Preisindex des BIP	3,2	2,3	2,0
Verbraucherpreisindex	3,6	2,9	2,4
Budgetsaldo laut Maastricht (% des BIP) ⁱ	-4,2	-4,2	-4,1
3-Monats-Euribor ⁱ	2,2	2,4	2,8
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	3,0	3,4	3,4

ⁱabsolute Werte

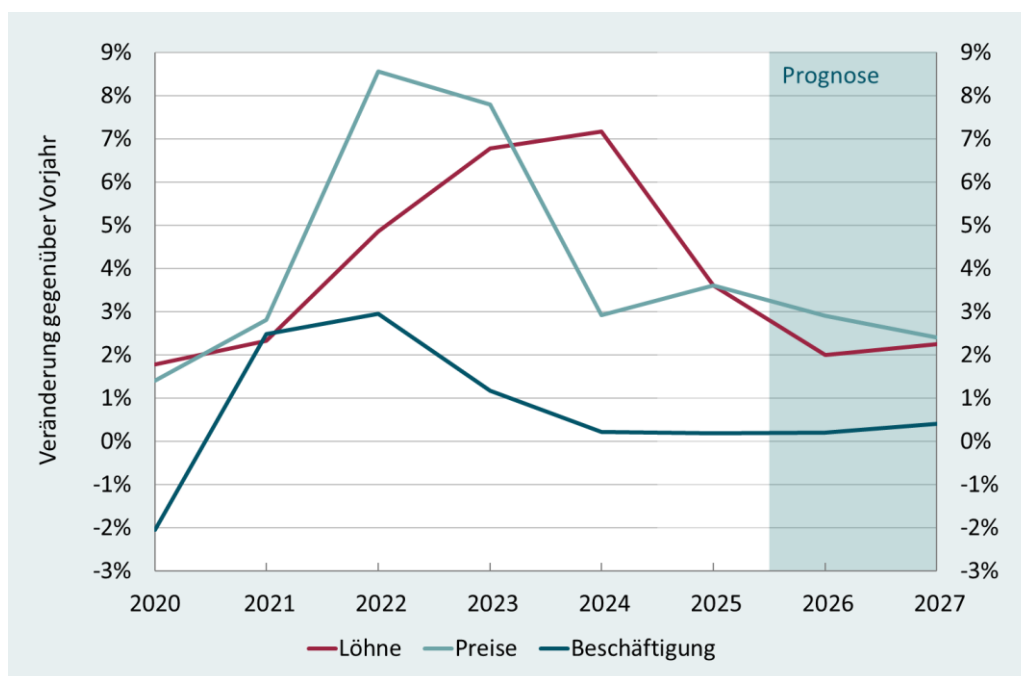
Quelle: Statistik Austria, LSEG Datastream, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



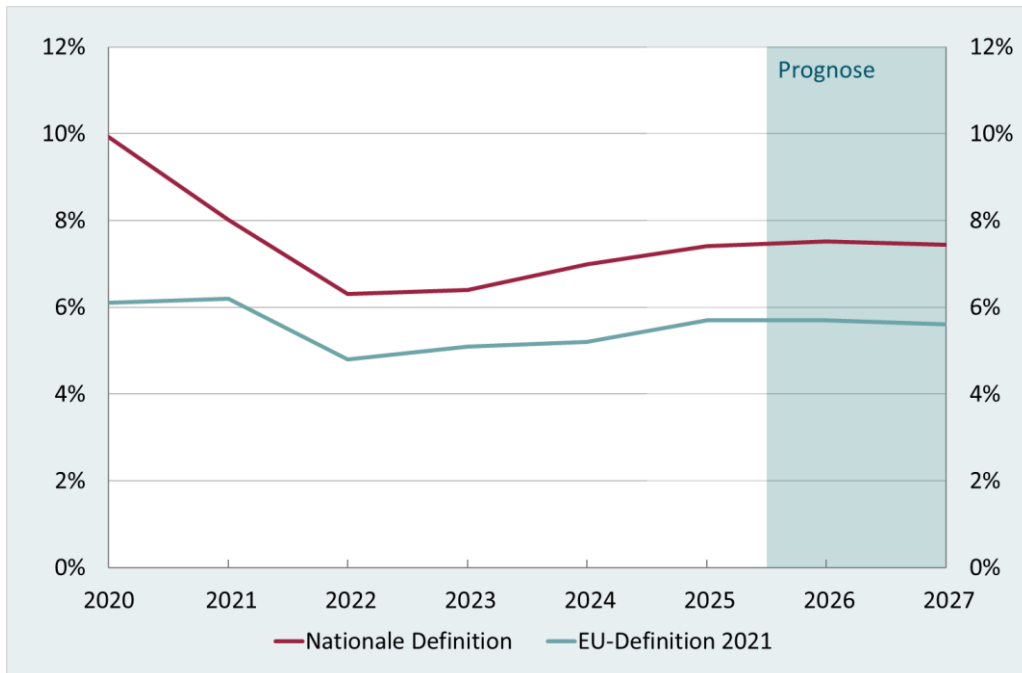
Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



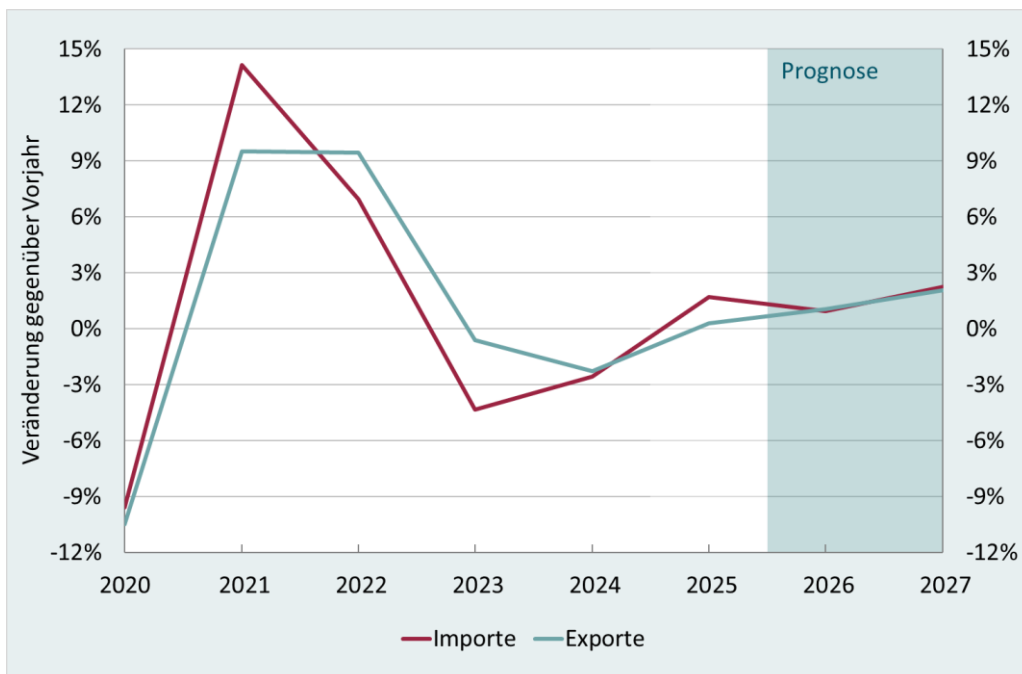
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



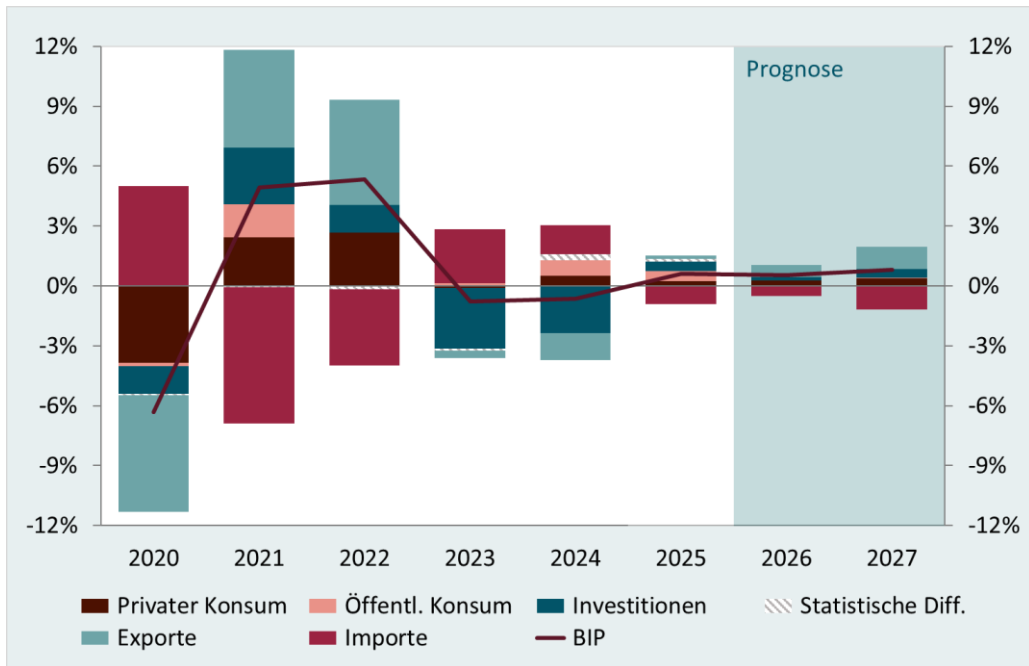
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



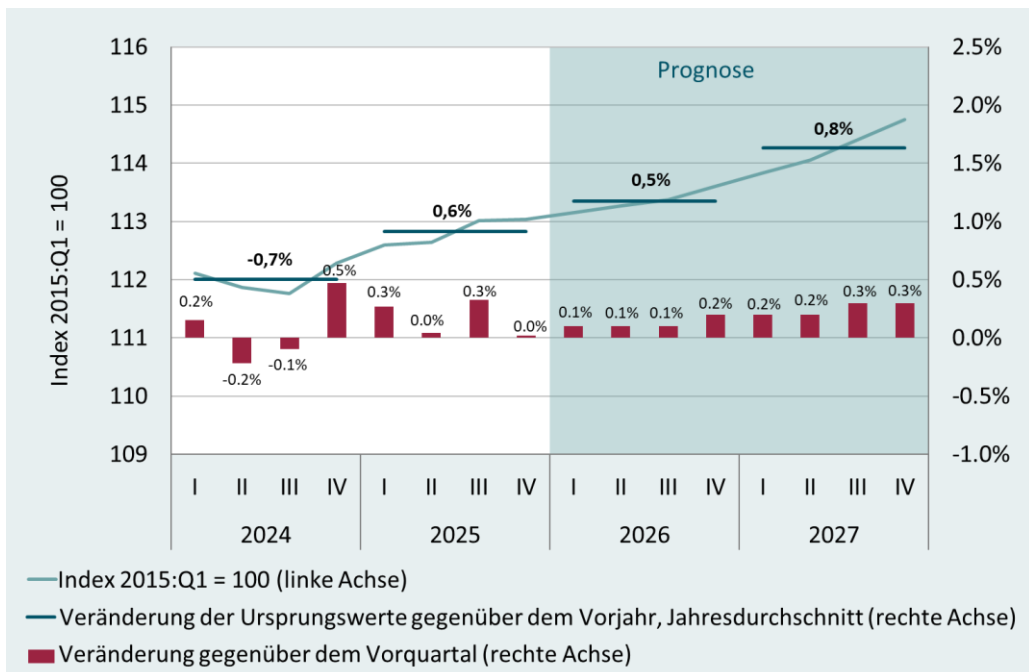
Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistik Austria, ab 1. Quartal 2026 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Durch den Iran-Krieg wird die **Weltwirtschaft** im Frühjahr 2026 von einem massiven Energiepreisschock getroffen. Dauer und Ausmaß der weltwirtschaftlichen Belastungen sind derzeit kaum abschätzbar. Auf den Angriff der USA und Israels am 28. Februar reagierte der Iran mit einer faktischen Sperre der Straße von Hormus. Durch diese Meerenge, die den Persischen Golf mit dem Golf von Oman verbindet, werden üblicherweise rund 20 % des weltweiten Öl- und Flüssiggasangebots transportiert. Von den Golf-Anrainerstaaten verfügen nur Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate über Pipelines und damit über Alternativen zum Export über die Häfen am Persischen Golf. Darüber hinaus wurden im Zuge des Kriegs Öl- und Erdgasförderanlagen in der Region teilweise zerstört. Nachdem wichtige Anlagen zur Flüssiggasproduktion in Katar beschädigt worden waren, entschied die Regierung des Landes, die Flüssiggasproduktion vorübergehend vollständig einzustellen. Der Iran-Krieg hat die Öl- und Gaspreise sprunghaft steigen lassen. So übersprang der Preis für Erdöl der Sorte Brent zeitweise die Marke von 110 US-Dollar. Ende März kostete ein Barrel rund 107 US-Dollar, nachdem der Preis Anfang Februar bei rund 65 US-Dollar gelegen hatte. Gleichzeitig verdoppelte sich der Gaspreis am europäischen Handelsplatz TTF zwischenzeitlich auf 60 Euro je MWh. Ende März belief sich der Preis auf rund 50 Euro je MWh.

Um den Angebotsengpass zu lindern, wurde am 11. März beschlossen, in einer konzertierten Aktion von 32 Mitgliedsländern der Internationalen Energie-Agentur (IEA) strategische Ölreserven im Umfang von 411 Millionen Barrel freizugeben. Dies entspricht rund einem Drittel der gesamten Reserven. Die staatlichen Reserven, die für den Fall von Versorgungsengpässen vorgehalten werden, decken derzeit nach Angaben der IEA rund 30 Tage des Verbrauchs ab, können aber aus technischen und logistischen Gründen nur nach und nach abgegeben werden. Hinzu kommen Lagerbestände der Industrie, die sich nach Angaben der IEA auf etwa 60 Tage des Verbrauchs belaufen. Ein Teil dieser Vorräte wird aufgrund gesetzlicher Vorgaben gehalten und könnte ebenfalls zur Deckung von Angebotsengpässen genutzt werden. Seit Beginn des Iran-Krieges sind zudem die Bewertungen auf den Aktienmärkten deutlich zurückgegangen, insbesondere in den energieimportabhängigen Volkswirtschaften Europas und Asiens. Auch ist die Volatilität an den Rohstoff- und Finanzmärkten gestiegen.

Für diese Prognose wird unterstellt, dass die faktische Sperrung der Straße von Hormus im Lauf des zweiten Quartals aufgehoben wird. Selbst dann wird das

Angebot von Rohöl und Flüssiggas infolge der Beschädigungen von Förderanlagen aber für längere Zeit niedriger bleiben, als es ohne den Iran-Krieg der Fall gewesen wäre. Daher liegt dieser Prognose – im Einklang mit den Notierungen an den Terminmärkten – die Annahme zugrunde, dass die Öl- und Gaspreise im zweiten Quartal 2026 ihre Höhepunkte erreichen und anschließend graduell zurückgehen. Für den Jahresdurchschnitt 2026 wird ein Ölpreis von 92,5 US-Dollar, für 2027 von 80,7 US-Dollar je Barrel erwartet. Dies sind rund 49 % (2026) bzw. 29 % (2027) mehr, als in der IHS-Winter-Prognose vom Dezember angenommen worden war.

Neben dem Iran-Krieg wird die Weltwirtschaft weiterhin durch die US-Zollpolitik geprägt. Der oberste Gerichtshof der USA hat am 20. Februar 2026 die von Präsident Trump auf Grundlage des „International Emergency Economic Powers Act“ (IEEPA) verhängten Zölle für rechtswidrig erklärt. Das Gericht stellte fest, dass die im Gesetz vorgesehene Befugnis des Präsidenten, die „Importe zu regulieren“, keine eigenständige Kompetenz zur Einführung von Zöllen umfasst. Die Entscheidung betrifft die sogenannten „reziproken“ Zölle gegenüber fast allen US-Handelspartnern, die sich seit dem 2. April 2025 auf den IEEPA stützen, ebenso wie Zölle auf spezifische Bedrohungen wie „unzureichende Grenzsicherung“ und „Fentanyl-Schmuggel“. Die US-Regierung hat angekündigt, die bisherigen Zollstrukturen rasch auf Basis anderer gesetzlicher Ermächtigungen neu zu etablieren. Seit dem 24. Februar gilt, mit wenigen Ausnahmen, für US-Importe ein globaler Zollsatz von 10 %. Eine Anhebung auf 15 % wurde angekündigt, ist bisher aber nicht rechtswirksam. Die gesetzliche Grundlage, auf die sich der neue Importzoll bezieht, erlaubt, diesen für 150 Tage in Kraft zu lassen, also bis 24. Juli 2026. Für einen längeren Zeitraum wäre die Zustimmung des Kongresses erforderlich. Damit bleibt die handelspolitische Unsicherheit hoch, da offen ist, ob die noch ausstehenden Handelsabkommen der USA, etwa jenes mit der EU, in Kraft treten oder wieder neu verhandelt werden. Vor allem aber ist unklar, welche US-Importzollsätze nach dem 24. Juli gelten werden, zumal eine Zustimmung des US-Kongresses fraglich ist. Das amerikanische Institut „Tax Foundation“ schätzt, dass sich der gewichtete durchschnittliche Zollsatz für US-Importe vor der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs auf 13,8 % belief. Solange die nach der Gerichtsentscheidung eingeführten 10-prozentigen Zölle in Kraft sind, beläuft sich dieser Schätzung zufolge der effektive US-Importzollsatz auf 10,2 % (mit den angekündigten, aber bisher nicht umgesetzten 15 % wären es effektiv 12,1 %), und nach Ablauf der 150-tägigen Frist beträgt der effektive US-Importzollsatz 6,7 %. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der derzeitige effektive US-Importzollsatz in etwa bestehen bleiben wird, denn es ist zu erwarten, dass die US-Regierung versuchen wird, alternative juristische Begründungen für neue Zollmaßnahmen zu entwickeln, etwa unter

Berufung auf Gutachten, die einzelnen Ländern unfaire Handelspraktiken attestieren.

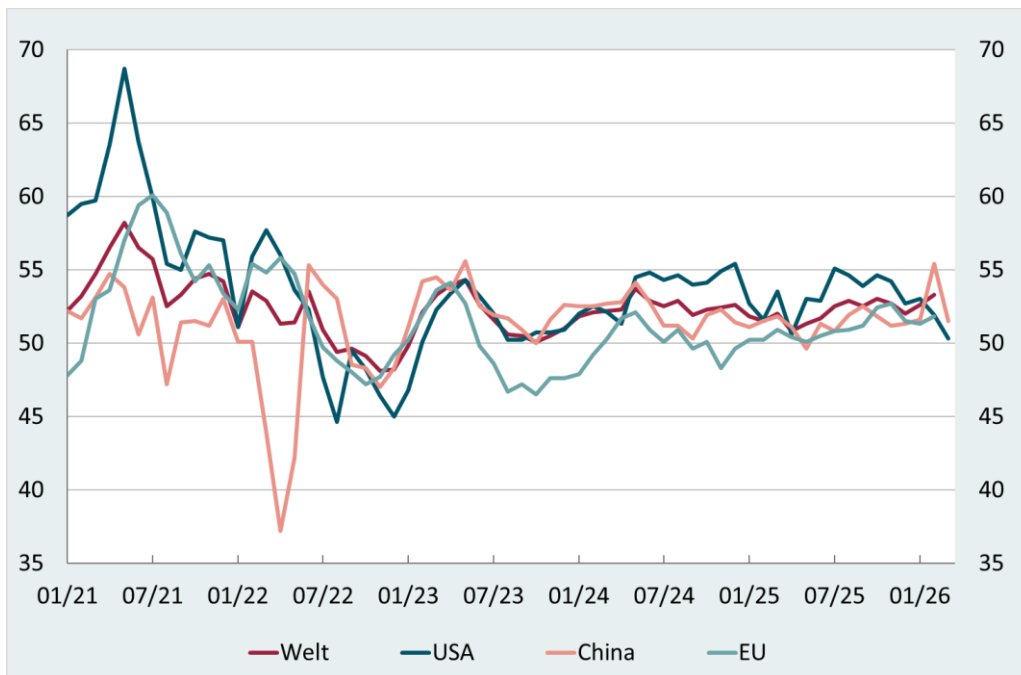
Vor Ausbruch des Iran-Krieges hatte sich die Weltwirtschaft als bemerkenswert robust gegenüber den handels- und geopolitischen Belastungen erwiesen. Der globale Warenhandel hat im Jahr 2025 gemäß Daten des niederländischen CPB mit 4,4 % sogar kräftig zugelegt. Besonders stark stiegen die Exporte Chinas sowie der Handel einiger anderer Volkswirtschaften in Asien. Die US-Zollpolitik könnte aber die Handelsdaten aufgebläht haben, denn die bislang starke Differenzierung der Zollsätze nach Produkttyp und Herkunftsland eröffnete den Unternehmen die Möglichkeit, höhere Abgaben durch Ausweichstrategien, etwa über Importe aus Drittländern mit geringerer Zollbelastung, zu umgehen. Der Iran-Krieg belastet den Welthandel seit März. Neben Energieprodukten ist die Golfregion auch ein bedeutender Standort für die Produktion von Düngemitteln sowie von Schwefel und Helium, das in der Chemieindustrie und in der Halbleiterproduktion benötigt wird. Im ersten Halbjahr 2026 wird daher der Welthandel zurückgehen. Unter der Annahme, dass ab dem Sommer die Straße von Hormus wieder frei sein wird, sollte sich der weltweite Warenhandel wieder beleben. Für den Jahresdurchschnitt wird gegenwärtig eine marginale Zunahme des Welthandels von 0,2 % und von 2,0 % für das kommende Jahr erwartet.

Die globale Industrieproduktion setzte im vierten Quartal 2025 ihr moderates Wachstum fort. Gemäß CPB-Daten expandierte sie um 0,9 %, nach 0,6 % im dritten Quartal. Regional war die Expansion breit angelegt, wobei die Industrieproduktion im Allgemeinen in den Schwellenländern stärker zulegen als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Für den Jahresdurchschnitt 2025 ergibt sich eine Zunahme um 3,2 %.

Die Inflation ist im Herbst und Winter weiter leicht gesunken. In der Gruppe der OECD-Länder sank die Teuerung auf 3,6 % im Dezember und auf 3,3 % im Jänner. Von April bis September hatte sie fast unverändert rund 4 % betragen, anschließend war sie bis November auf 3,7 % gesunken. Vor allem bei der Energie schwächte sich der Preisanstieg ab, aber auch die Nahrungsmittelpreise stiegen zuletzt nicht mehr so stark wie im Sommer. Dagegen blieb die Kerninflation hoch, weil die Dienstleistungspreise weiter kräftig zulegten. In den USA blieb die Inflation im Februar mit 2,4 % über der Zielmarke der Notenbank von 2 %. Im Euroraum stieg sie im Februar leicht auf 1,9 %. Aufgrund des Energiepreisanstiegs legte die Inflation im März auf 2,5 % zu, die Kerninflation belief sich auf 2,3 %. Der Energiepreisschock wird die Inflation weltweit deutlich steigern, worauf vielerorts die Zentralbanken mit geldpolitischen Straffungen reagieren dürften.

Der Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar war im Winter weitgehend stabil, nachdem der Euro im Verlauf des Jahres 2025 um rund 13 % aufgewertet hatte. Mit rund 1,15 US-Dollar je Euro war der Wechselkurs Ende März um etwa 2 % niedriger als zu Jahresbeginn. Für diese Prognose wird unterstellt, dass der Wechselkurs bis zum Ende des Prognosezeitraums in etwa auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben wird.

Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen



Quelle: LSEG Datastream

Wie es mit der internationalen Konjunktur weitergeht, hängt entscheidend von der Situation am Persischen Golf ab. Sollte, wie für diese Prognose unterstellt, die faktische Sperrung der Straße von Hormus im Laufe des zweiten Quartals aufgehoben werden, dürfte die Weltwirtschaft auf ihren moderaten Wachstumskurs zurückkehren. Umfragebasierte Indikatoren wie die globalen Einkaufsmanagerindizes hatten bis Februar auf eine robuste Weltkonjunktur hingedeutet (Abbildung 7). Die Folgen des Iran-Krieges werden die Expansion aber bremsen. Für die meisten US-Handelspartner sind die Importzölle der USA niedriger als im vergangenen Jahr. Die Unsicherheit bezüglich der Handelspolitik bleibt gleichwohl hoch und wird die Weltwirtschaft weiterhin belasten. Die höhere Inflation als Folge des Energiepreisschocks wird vielerorts die Realeinkommen schmälern, und die zu erwartenden Zinserhöhungen verschlechtern die Finanzierungsbedingungen für die Investitionen. Stützend dürfte die Finanzpolitik wirken. Alles in allem dürfte das globale BIP im laufenden und im kommenden Jahr, wie im Jahr 2025, mit jeweils

rund 3 % expandieren. Für die Gruppe der OECD-Länder werden für die Jahre 2026 und 2027 Wachstumsraten von 1,5 % bzw. 1,6 % erwartet.

Die Risiken für die Weltwirtschaft sind mit dem Iran-Krieg stark gestiegen. Sollten die kriegerischen Auseinandersetzungen länger anhalten und weitere Ölförderanlagen sowie Öl- und Gashafenanlagen in den Staaten am Persischen Golf beschädigt werden, würden die Energiepreise noch deutlich stärker steigen und längere Zeit hoch bleiben. Dies würde die Realeinkommen der privaten Haushalte weiter schmälern. Außerdem könnten sich die Zentralbanken gezwungen sehen, die Geldpolitik noch mehr zu straffen als in dieser Prognose unterstellt. Darüber hinaus wird durch den Iran-Krieg auch der Containerschiffsverkehr am Persischen Golf in Mitleidenschaft gezogen, was bei einem längeren Andauern der Verwerfungen zu Störungen in den globalen Lieferketten und steigenden Transportkosten führen könnte. Außerdem drohen deutliche Steigerungen der Nahrungsmittelpreise, da durch die Straße von Hormus ein großer Teil des weltweiten Düngemittelhandels abgewickelt wird. Im Zusammenhang mit der US-Zollpolitik ist unklar, welche Zollsätze nach dem 24. Juli gelten werden. Darüber hinaus würden, wenn die niedrigeren Importzölle Bestand haben sollten, die Einnahmen für das US-Budget geringer ausfallen als geplant. Zudem dürften Rückzahlungen der Einfuhrzölle, die von dem Gerichtsurteil betroffen sind, die Folge sein. Daraus resultierende weitere deutliche Anstiege der US-Staatsverschuldung könnten höhere Renditen an den Anleihemärkten zur Folge haben. Die weiteren geopolitischen Risiken, etwa rund um den Konflikt zwischen China und Taiwan, bleiben darüber hinaus bestehen. Außerdem könnten Exportbeschränkungen bei Seltenen Erden oder Hochtechnologieprodukten die Weltwirtschaft beeinträchtigen.

2.2 Länder und Regionen

Die Konjunktur im **Euroraum** setzte im Jahr 2025 ihre moderate Erholung fort. Nach einem kräftigen Jahresauftakt expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt mit mäßigen Zuwachsraten bis zum Jahresende. In der Jahresbetrachtung nahm die Wirtschaftsleistung um 1,4 % zu. Dabei expandierte die Produktion in Irland sehr kräftig um 12,3 %, was maßgeblich auf die Aktivitäten multinationaler Pharma- und Technologie-Konzerne im Vorfeld befürchteter US-Zollerhöhungen zurückzuführen ist. Die schwache Entwicklung in Deutschland wirkte dagegen dämpfend. Im vierten Quartal stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Euroraum um 0,2 %. Impulse kamen vom privaten und dem öffentlichen Konsum und den Investitionen, während die Exporte, vor allem jene von Waren, sanken. Auf der Entstehungsseite trugen vor allem die Dienstleistungen die Konjunktur, aber auch die Bauwirtschaft

erholte sich. Im Verarbeitenden Gewerbe ging die Wertschöpfung zum Jahresende hingegen weiter zurück.

Die Arbeitslosenquote setzte ihren langsamen Rückgang fort und erreichte im Jänner mit 6,1 % ihren niedrigsten Wert seit Beginn der Währungsunion. Im Februar stieg sie leicht auf 6,2 %. Die Unterschiede in Niveau und Dynamik zwischen den Mitgliedsländern sind dabei nach wie vor erheblich. Die saisonbereinigte Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im dritten und im vierten Quartal jeweils um 0,2 %. Die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden nahm im dritten Quartal um 0,3 % und im vierten Quartal um 0,6 % zu.

Die Inflation bewegte sich seit Mai 2025 nahe der Zielmarke der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2 %, während die Kernrate bei 2 ¼ % bis 2 ½ % lag. Im Februar belief sich die Inflationsrate auf 1,9 %. Im März stieg sie auf 2,5 %. Die Teuerung wurde bis zuletzt maßgeblich von den Dienstleistungen getrieben. Der Preisauftrieb bei den Nahrungsmitteln ließ spürbar nach, die Energiepreise gingen bis Februar zurück. Dies hat sich seit März deutlich geändert. Die Energiepreise steigen infolge des Iran-Krieges stark.

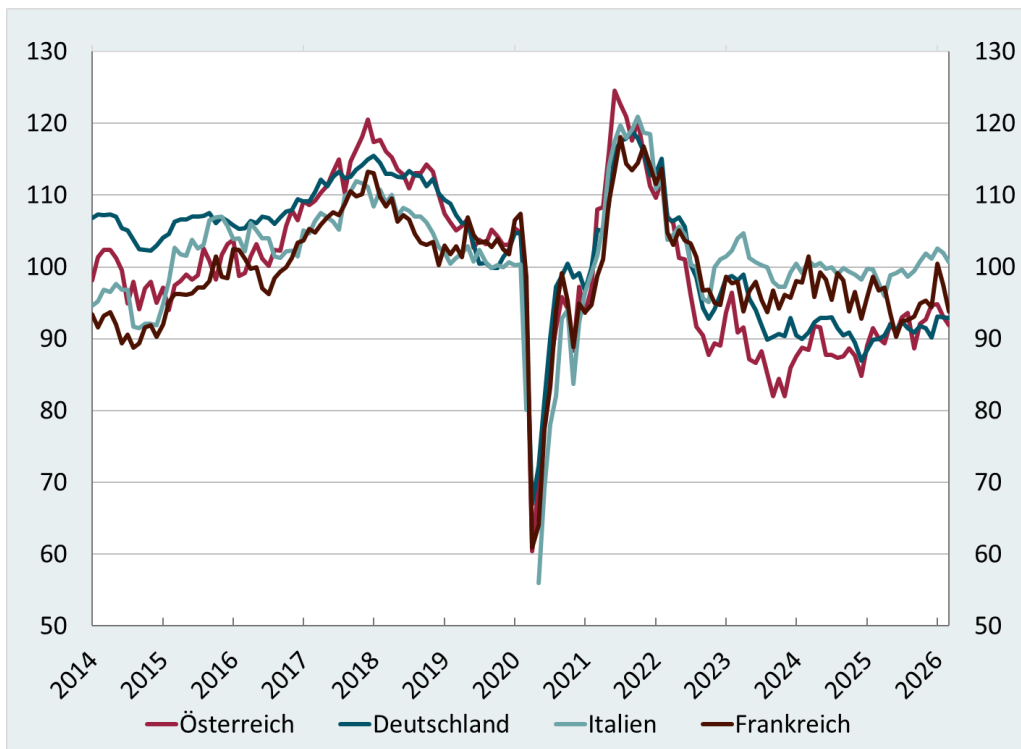
Nachdem die EZB die Leitzinsen in der ersten Hälfte des Jahres 2025 viermal um jeweils 0,25 Prozentpunkte gesenkt hatte, folgten seitdem keine weiteren Zinsschritte. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die EZB auf den Energiepreisschock im Gefolge des Iran-Krieges reagieren und die Leitzinsen im Jahr 2026 um insgesamt 0,75 Prozentpunkte anheben wird.

Der Wage Tracker der EZB, der laufende Kollektivverträge erfasst, zeigt für das Jahr 2025 bei Glättung von Einmalzahlungen einen Anstieg der Tariflöhne um 3,2 % und für 2026 einen Anstieg um 2,3 % an. Mögliche Zweitrundeneffekte als Reaktion auf den erwarteten kräftigen energiepreisbedingten Anstieg der Inflation sind darin noch nicht berücksichtigt.

Von der Finanzpolitik dürften in vielen Ländern des Euroraums expansive Wirkungen ausgehen. Zusätzliche Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben stützen die Konjunktur ebenso wie Investitionen im Rahmen des Programms „NextGenerationEU“ (NGEU). Die Aufbau- und Resilienzfazilität, das Kerninstrument von NGEU, läuft zwar planmäßig im Jahr 2026 aus. Da jedoch ein erheblicher Teil der Mittel noch nicht abgerufen wurde, gibt es bereits Vorschläge, die Laufzeiten einiger Projekte bis 2027 zu verlängern bzw. die Finanzierung auf andere EU-Fonds zu übertragen. Als Reaktion auf den Iran-Krieg werden darüber hinaus in vielen Mitgliedstaaten Maßnahmen diskutiert, um Haushalte und Unternehmen zu entlasten.

Hinsichtlich des Konjunkturausblicks deuteten die Indikatoren vor dem Ausbruch des Iran-Krieges auf eine Fortsetzung der moderaten Expansion hin. So hatte sich der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) der Europäischen Kommission bis zuletzt in der Tendenz verbessert (Abbildung 8). Im März ging der Indikator zurück. Die Verwerfungen auf den Energiemärkten sind in dem Indikator allerdings noch nicht vollständig erfasst. Finanzmarktbasierete Unsicherheitsmaße sind zuletzt deutlich gestiegen, wenngleich bisher weniger stark als im April vergangenen Jahres als Reaktion auf die US-Zollankündigungen. Der Iran-Krieg spiegelt sich auch im jüngsten Einkaufsmanagerindex für den Euroraum wider. Sowohl der Teilindikator für die Industrie als auch jener für die Dienstleistungen sind gesunken. Der Gesamtindex liegt jedoch weiterhin über der 50-Punkte-Marke und damit immer noch im expansiven Bereich.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Quelle: Europäische Kommission, LSEG Datastream

Auch wenn sich die geopolitische Lage, wie angenommen, bald wieder entspannt, dürfte die Konjunktur im Frühling spürbar gebremst werden, bevor sie im weiteren Jahresverlauf wieder an Dynamik gewinnt. Gestützt wird die Konjunktur im Euroraum durch eine etwas stärkere Expansion der Exporte, weil die negativen Zolleffekte vom vergangenen Jahr wegfallen. Der private Konsum dürfte weiter expandieren, wenngleich leicht verlangsamt. Die weitere Beschäftigungsexpansion wirkt stützend

und die im langjährigen Vergleich noch erhöhte private Sparquote dürfte weiter zurückgehen. Eine leicht expansive Ausrichtung der Finanzpolitik im Euroraum wirkt ebenfalls stützend.

Die Konjunktur bleibt zunächst spürbar gebremst und wird erst allmählich mehr Fahrt aufnehmen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2026 mit 0,8 % deutlich schwächer expandieren als im vergangenen Jahr. Für 2027 wird eine leichte Beschleunigung auf 1,1 % erwartet (Tabelle 2). Gestützt wird die Konjunktur durch eine etwas stärkere Zunahme der Exporte, sofern der effektive US-Importzollsatz wie angenommen in etwa auf dem gegenwärtigen Niveau bleibt. Der private Konsum dürfte weiter moderat expandieren, angeregt durch weitere Beschäftigungszuwächse. Außerdem dürfte die im langjährigen Vergleich noch erhöhte private Sparquote weiter zurückgehen. Auch die leicht expansive Finanzpolitik stützt die Konjunktur. Die Inflationsrate wird in diesem Jahr aufgrund der höheren Energiepreise voraussichtlich deutlich über die 2-Prozent-Marke steigen. Im Jahr 2027 sollte sich die Inflation infolge rückläufiger Energiepreise wieder abschwächen, mit 2,5 % aber höher als im vergangenen Jahr bleiben. Die Arbeitslosenquote dürfte stabil bleiben.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2025	2026	2027
BIP-Veränderung	1,4	0,8	1,1
Arbeitslosenquote	6,3	6,3	6,2
HVPI-Inflation	2,1	2,7	2,5

Quelle: Eurostat, ab 2026 Prognose des IHS

Die Wirtschaftsentwicklung der **Vereinigten Staaten** erwies sich trotz der erratischen Zollpolitik im vergangenen Jahr als widerstandsfähig. Kräftig stiegen die Investitionen in die Künstliche Intelligenz (KI). Im vierten Quartal expandierte die Wirtschaft um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Der private Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen verzeichneten Zuwächse, während der öffentliche Konsum im Zusammenhang mit der Stilllegung der Bundesverwaltung rückläufig war. Sowohl die Exporte als auch die Importe verzeichneten Rückgänge, wobei vor allem die Entwicklung der Importe im zweiten Halbjahr infolge der Zollpolitik schwach blieb. Die BIP-Nowcasts der Federal Reserve Banken von Atlanta und New York weisen auf eine Fortsetzung der Expansion im ersten Quartal hin. Der ISM-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe lag im Februar bei 52,4 und damit den zweiten Monat infolge über der Expansionsmarke von 50. Der Index für den Dienstleistungsbereich deutete mit einem Wert von 56,1 auf eine solide

Expansion hin, allerdings dürften die Auswirkungen des Iran-Krieges in diesen Umfragen noch nicht reflektiert sein. Hingegen fand die Umfrage der University of Michigan unter Konsument:innen etwa zur Hälfte nach dem Angriff auf den Iran Anfang März statt. Sie fiel folglich auf den niedrigsten Wert des Jahres, da sich die Konsument:innen bereits mit steigenden Spritpreisen konfrontiert sehen.

Die US-Wirtschaft entwickelte sich trotz einer Abkühlung am Arbeitsmarkt robust. Etwa seit Herbst letzten Jahres kam das Beschäftigungswachstum zum Erliegen. Die Arbeitslosenquote lag im Februar mit 4,4 % etwa im Durchschnitt des Jahr 2025. Das Wachstum der durchschnittlichen Stundenlöhne lag bei 3,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat und hat sich zuletzt etwas verlangsamt. Die Inflationsrate lag im Februar bei 2,4 %. Im September, Oktober und Dezember senkte die Notenbank Fed die Zielbandbreite für die Leitzinsen jeweils um 25 Basispunkte, diese liegt aktuell zwischen 3,50 % und 3,75 %. Angesichts des mit dem Iran-Krieg verbundenen Ölpreisanstiegs und zu erwartendem Inflationsdruck sind weitere Zinssenkungen unwahrscheinlicher geworden. Darüber hinaus bleiben die US-Handelspolitik und das erhöhte Budgetdefizit Faktoren, die die Konjunktur belasten können. Für die Jahre 2026 und 2027 wird ein BIP-Wachstum von jeweils 1,8 % prognostiziert.

Nach der Kontraktion im dritten Quartal 2025 wies die Wirtschaftsleistung **Japans** im vierten Quartal ein Wachstum von 0,3 % auf. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich das BIP um 1,2 %. Der BIP-Zuwachs war hauptsächlich auf die Wohnbauinvestitionen zurückzuführen, während der private Konsum infolge von Kaufkraftverlusten nur geringfügig zunahm. Die Exporte ebenso wie die Importe verzeichneten leichte Rückgänge. Während die Ausfuhren in die USA rückläufig waren, nahmen Lieferungen nach Hongkong, Taiwan, Indien sowie nach Westeuropa stark zu.

Die Arbeitslosenquote stieg im Jänner auf 2,7 % an. Die Teuerung ließ im Verlauf des Vorjahres moderat nach, insbesondere infolge der fortgesetzten Energiesubventionen, darunter Zuschüsse sowie Preisobergrenzen für Benzin, Diesel, Strom und Gas. Diese werden mit Beginn des neuen Fiskaljahres im April 2026 durch eine dauerhafte Steuersenkung ersetzt. Im Februar verringerte sich die Inflationsrate auf 1,3 %, was insbesondere auf niedrigere Energiepreise zurückzuführen war. Die Hauptinflationstreiber waren die Preise für Lebensmittel. Die Kernrate ohne Nahrungsmittel und Energie gab hingegen nur leicht nach und lag mit 2,5 % nach wie vor deutlich über dem Inflationsziel der Notenbank. Auf ihrer Sitzung im März 2026 beschloss die Zentralbank, ihren Leitzins bei 0,75 % zu belassen. Damit wirkt die Geldpolitik weiterhin stark expansiv. Die Inflationsentwicklung hängt wesentlich vom weiteren Verlauf des Iran-Krieges ab. Hält der Konflikt über April hinaus an, könnten die Energiepreise und damit auch der

Inflationsdruck deutlich zunehmen, was die Bank of Japan zu weiteren Zinserhöhungen veranlassen könnte.

Die Finanzpolitik wird in den Jahren 2026 und 2027 von einem umfangreichen Konjunkturpaket geprägt, das im November 2025 verabschiedet wurde. Dieses setzt auf mittelfristige Investitionen – etwa in Künstliche Intelligenz, Halbleiter, Robotik und Digitalisierung – sowie auf höhere Verteidigungsausgaben. Von der Steuersenkung auf Energie profitieren private Haushalte und Unternehmen. Für die Unternehmen sind auch Investitions- und Innovationsförderungen vorgesehen. Ab April 2026 soll zur Teilfinanzierung höherer Verteidigungsausgaben ein Körperschaftsteuerzuschlag von 4 % erhoben werden.

Aktuelle Indikatoren deuten auf eine moderate wirtschaftliche Dynamik hin. Die Industrie expandierte im Februar laut Einkaufsmanagerindex erneut, und der Dienstleistungssektor wuchs ebenfalls weiter. Zudem stützen die kräftigen Lohnabschlüsse den Konsum. Die Unternehmensinvestitionen dürften aufgrund solider Unternehmensgewinne weiterhin robust bleiben. Geopolitische Spannungen könnten andererseits zu einer schwächeren Auslandsnachfrage und höherer Inflation führen und somit die Konjunktur belasten. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem und nächsten Jahr um jeweils 0,7 % expandieren, nach einer Ausweitung um 1,2 % im Jahr 2025.

In der **Volksrepublik China** verlangsamte sich das BIP-Wachstum im vierten Quartal des Vorjahrs auf 4,5 % und betrug im Gesamtjahr 5,0 %. Dies entspricht genau dem Zielwert der Regierung. Die Nettoexporte trugen das Wirtschaftswachstum das ganze Jahr über trotz der US-Zölle. Die Exporte legten im Vorjahr um 5,5 % zu, was unter anderem auf die Abwertung der chinesischen Währung, Yuan zurückzuführen ist. Chinas Warenexporte in die USA sanken um 20 %, während die Exporte in die ASEAN-Staaten sich um 13 % und in die EU um 8 % erhöhten. Durch die Verlagerung von Produktions- und Montageprozessen in Länder mit niedrigeren Zöllen – etwa nach Vietnam oder Taiwan – konnte China die bestehenden Handelsbarrieren zumindest teilweise umgehen. Aufgrund der verhaltenen Inlandsnachfrage verharrten die Importe auf dem Niveau des Jahres 2024. Der Leistungsbilanzüberschuss stieg im Jahr 2025 auf einen Rekordwert von rund 735 Milliarden US-Dollar bzw. 3,7 % des BIP. Während der Warenhandel einen großen Überschuss aufwies, verzeichneten die Dienstleistungen ein Defizit. Der private Konsum entwickelte sich im Verlauf des Vorjahres nur verhalten. Im vierten Quartal nahmen die Einzelhandelsumsätze um 0,7 % gegenüber dem Vorjahresquartal zu. Die Investitionen gingen im Vorjahr um 3,8 % zurück, das ist der erste Rückgang seit 1996. Gleichzeitig kam es zu einem Aufbau der Lagerbestände.

Nach einer Inflationsrate von 0,2 % im Jänner stieg die Teuerung im Februar auf 1,3 %, maßgeblich bedingt durch Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Dienstleistungen. Das bestehende Überangebot an Waren erzeugt einen anhaltenden Abwärtsdruck auf die Preise.

Anfang März 2026 hat der chinesische Volkskongress das Regierungsprogramm und die längerfristigen Pläne der Regierung formell bestätigt. Laut Regierungsprogramm strebt China für dieses Jahr ein BIP-Wachstum von 4,5 bis 5 % an. Für 2026 setzt die chinesische Regierung einen Schwerpunkt auf die Stärkung der Inlandsnachfrage. Vorgesehen sind unter anderem, Programme zur Steigerung der Haushaltseinkommen, zur Erneuerung langlebiger Konsumgüter sowie Zinszuschüsse zur Unterstützung des Konsums. Gleichzeitig sollen Investitionen in den Aufbau eines modernen Industriesystems gefördert werden. Weitere zentrale Schwerpunkte bilden Innovation und technologische Selbstversorgung, insbesondere die beschleunigte Verbreitung künstlicher Intelligenz sowie die Förderung der Halbleiterindustrie, der Robotik und der Biotechnologie. Zu Jahresbeginn wurden Umsetzungsempfehlungen für die Sonderinitiative „Künstliche Intelligenz + Fertigung“ vorgelegt, mit dem Ziel, bis 2027 die Versorgung mit zentralen KI-Schlüsseltechnologien abzusichern und zugleich eine globale Führungsposition im KI-Sektor aufzubauen. Zudem will die Regierung regionale Handelshemmnisse abbauen und den grünen Wandel weiter vorantreiben.

Die Entwicklung am Anfang dieses Jahres deutet darauf hin, dass die Exportabhängigkeit der Wirtschaft auch in diesem Jahr hoch bleiben dürfte. Die Zentralbank hat angekündigt, an einer moderat expansiven Geldpolitik festzuhalten, um die Kreditvergabe der Banken zu stimulieren und gleichzeitig den strukturellen Wandel der Wirtschaft zu unterstützen. Außenwirtschaftlichen Unsicherheiten, die Immobilienkrise, die hohe Verschuldung lokaler Regierungen, und die schwache Inlandsnachfrage zählen weiterhin zu den zentralen Herausforderungen der chinesischen Wirtschaft. Insgesamt erwartet das Institut eine Abschwächung des BIP-Wachstums auf 4,5 % im Jahr 2026 und 4,3 % im Jahr 2027.

In **Deutschland** erhöhte sich die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2025 um 0,3 %. Aufgrund der expansiven Finanzpolitik stiegen der Staatskonsum und die staatlichen Investitionen kräftig. Auch der private Konsum wurde deutlich ausgeweitet, wozu steigende Realeinkommen und ein Rückgang der Sparquote beitrugen. Die Schwäche des Außenhandels setzte sich hingegen fort. Die Exporte gingen um 0,6 % zurück. Insbesondere die Ausfuhren von Kraftfahrzeugen in wichtige Absatzmärkte wie China und die USA waren weiter rückläufig. Entstehungsseitig stagnierte die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe. Aufgrund der kräftigen Ausweitung der öffentlichen Bauaufträge stieg die

Wertschöpfung in der Bauwirtschaft. Die größten Wachstumsbeiträge kamen weiterhin von den öffentlichen Dienstleistungsbereichen. Im Gesamtjahr 2025 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 0,2 %.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb nahezu unverändert. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen war im Jänner 2026 um rund 13.000 Personen niedriger als im Dezember bzw. um etwa 93.000 geringer als vor einem Jahr. Beschäftigungszuwächse im Dienstleistungsbereich, vor allem in den öffentlichen Dienstleistungen, stehen einem fortgesetzten Beschäftigungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber. Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) liegt seit März 2025 stabil bei 6,3 %. Die Inflationsrate bewegte sich seit Dezember um die 2-Prozent-Marke. Gemessen am HVPI, sank die Teuerung im Februar von 2,1 % auf 1,9 %. Die Kerninflation ohne Energie und Nahrungsmittel verharrte bei 2,5 %. Im März stieg die Inflation auf 2,8 %.

Im Prognosezeitraum stützt die expansive Finanzpolitik die Konjunktur. Zusätzliche Ausgaben für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz erhöhen die öffentlichen Investitionen, wovon vor allem Unternehmen der Verteidigungsindustrie und des Tiefbaus profitieren. Hingegen bremsen der vergangene Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, die US-Zollpolitik und die zunehmende Konkurrenz aus China weiterhin die Expansion im Verarbeitenden Gewerbe. Der Iran-Krieg dürfte in den kommenden Monaten die Inflation kräftig in die Höhe treiben und damit die Realeinkommen der privaten Haushalte spürbar belasten. Die verschlechterten Finanzierungsbedingungen und die hohe Unsicherheit bremsen die privaten Investitionen. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr um 0,6 % und im kommenden Jahr um 1,0 % zulegen.

Die **italienische Wirtschaft** hat im vergangenen Jahr moderat expandiert. Im vierten Quartal stieg das reale BIP um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Die Expansion war auf einen Anstieg der Wertschöpfung sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor zurückzuführen. Auf der Nachfrageseite leisteten der private und der öffentliche Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen positive Wachstumsbeiträge, während der Beitrag der Nettoexporte negativ ausfiel. Im Tourismussektor wurde im vierten Quartal mit rund 40 Millionen Nächtigungen ausländischer Gäste ein Anstieg um 5,1 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr verbucht. Die Nächtigungen inländischer Gäste stagnierten bei rund 31 Millionen. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich weiterhin robust. Während die Beschäftigung auf einem Rekordniveau liegt, hat sich das Beschäftigungswachstum seit Mitte des vergangenen Jahres verlangsamt. Die Arbeitslosenquote ging im Januar auf 5,1 % zurück und lag damit auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die Inflationsrate betrug im März 1,5 % und hat somit seit Beginn des Jahres angezogen. Der Anstieg der Inflation war hauptsächlich auf die Preisentwicklung bei regulierten und nicht regulierten Energieprodukten sowie unverarbeiteter Nahrungsmittel zurückzuführen. Eine positive Entwicklung der Realeinkommen unterstützte die Konjunktur. Im dritten Quartal 2025 betrug der Anstieg 3,3 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Sparquote lag mit 13,8 % leicht über dem langjährigen Durchschnitt. Investitionen in die Infrastruktur, die aus dem „NextGenerationEU“-Fonds finanziert werden, und noch bis Ende des Jahres ausgezahlt werden, sollten weiterhin zur Konjunkturbelebung beitragen. Das Budgetdefizit dürfte im laufenden und im nächsten Jahr unter der Maastricht-Grenze von 3,0 % liegen. Die positive Entwicklung der Realeinkommen sowie der Investitionen sollten eine leichte Expansion der Wirtschaft ermöglichen. Für das laufende Jahr rechnet das Institut mit einem BIP-Wachstum von 0,5 %. Für das Jahr 2027 wird ein BIP-Wachstum von 0,8 % prognostiziert.

Die **französische Wirtschaft** ist im vergangenen Jahr moderat gewachsen. Im vierten Quartal stieg das BIP um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Sowohl der private als auch der öffentliche Konsum sowie die Bruttoanlageinvestitionen verzeichneten Zuwächse. Während die Exporte leicht expandierten, gingen die Importe zurück. Vor allem die internationale Nachfrage im Luftfahrtsektor und im Schiffsbau stützten die Exporte. Das produzierende Gewerbe stagnierte im vierten Quartal, während der Bausektor und der Dienstleistungssektor expandierten. Die Einzelhandelsumsätze haben zugelegt. Die Arbeitslosenquote lag im Jänner bei 7,7 % und damit leicht unter den vergangenen Monaten. Die Inflationsrate stieg im März auf 1,7 % und lag damit deutlich über dem Niveau der Vormonate. Die Umfrage über das Verbrauchervertrauen, die etwa zur Hälfte nach dem Beginn des Iran-Krieges durchgeführt wurde, verschlechterte sich im März. Im vierten Quartal 2025 ging die Sparquote wieder zurück, allerdings finden die Haushalte nur langsam zu ihrem gewohnten Konsumverhalten zurück, blieb die Sparquote doch weit über den Niveaus von vor der Corona- bzw. der Energiekrise. Die Realeinkommen gingen im vierten Quartal leicht zurück gegenüber dem Vorquartal.

Die Umfrage zum Geschäftsklima hat sich im März im Zuge des Iran-Krieges verschlechtert. Laut der monatlichen Umfrage der Banque de France (2/3 der Umfrage wurden nach dem Ausbruch des Iran-Krieges durchgeführt) hat sich die Konjunktur im März in der Industrie, im Dienstleistungsbereich und im Bauwesen erholt. Der Umfrage zufolge lag die Industrieproduktion den neunten Monat in Folge über dem langfristigen Durchschnitt. Für März wurde ein anhaltender Anstieg der Industrieproduktion und der Dienstleistungen und ein moderater Anstieg im Baugewerbe erwartet. Der Unsicherheit über Energiepreisanstiege und

Unterbrechungen von Lieferketten stieg bei den befragten Unternehmen stark an. Ende Februar wurden die Auftragsbestände in den meisten Branchen als schwach eingeschätzt, mit Ausnahme der Luftfahrt, der Elektroindustrie sowie der Computer-, Elektronik- und Optikbranche. Im Baugewerbe verschlechterten sich die Auftragsbestände den zweiten Monat in Folge deutlich, wobei die Bauunternehmen eine abwartende Haltung meldeten, die mit dem politischen Umfeld zusammenhing. Die Unternehmensbefragung deutet für das erste Quartal 2026 auf eine Expansion hin. Der öffentliche Haushalt für 2026 wurde erst im Februar nach langen politischen Konflikten und mehreren Misstrauensanträgen im Parlament verabschiedet. Im laufenden Jahr soll das Budgetdefizit auf rund 5,0 % zurückgehen. Das Institut rechnet für das Jahr 2026 mit einem BIP-Wachstum von 0,8 %. Für das Jahr 2027 wird ein BIP-Anstieg von 1,1 % erwartet.

Im vierten Quartal des Vorjahres ließ sich in den **mittel- und osteuropäischen Ländern der Europäischen Union** ein differenziertes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung erkennen. In Kroatien, Polen, Bulgarien und Tschechien expandierte die Wirtschaft im Vorquartalsvergleich mit Wachstumsraten zwischen 0,6 % in Tschechien und 1,4 % in Kroatien kräftig. Gegenüber dem Vorjahr erzielten Polen, Kroatien und Bulgarien im vierten Quartal und im Gesamtjahr 2025 mit über 3 % die höchsten BIP-Zuwachsraten. In Rumänien sank die Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal aufgrund der Budgetkonsolidierung um 1,9 %. Damit rutschte die Wirtschaft in eine technische Rezession. In Ungarn erhöhte sich das BIP mit 0,2 % nur geringfügig. Über das Gesamtjahr 2025 hinweg wuchs die Wirtschaftsleistung beider Länder und der Slowakei jeweils um weniger als 1 %.

Im vierten Quartal 2025 wurde das BIP-Wachstum in Polen, Tschechien und Ungarn vor allem vom privaten Konsum getragen. In Rumänien und der Slowakei bildete insbesondere die Investitionstätigkeit die maßgebliche Wachstumsstütze. Zudem leisteten in Tschechien und Rumänien die Nettoexporte einen positiven Beitrag, trotz hoher handelspolitischer Unsicherheit. Die Industrieproduktion entwickelte sich in den mittel- und osteuropäischen Ländern uneinheitlich: Während Tschechien eine klar positive Dynamik aufwies und Polen zum Jahresende deutlich zulegte, blieb die Entwicklung in Rumänien verhalten. Ungarn zeigte erst im Dezember Anzeichen einer Erholung, während die Slowakei im gesamten Quartal eine ausgeprägte Industrieschwäche verzeichnete.

Die Teuerungsrate lag im Februar 2026 in den meisten Ländern der Region über dem EU-Durchschnitt. Während die Inflationsraten in Tschechien und Ungarn mit 1,0 % bzw. 1,6 % gering blieben, wirkten in anderen Ländern Steuererhöhungen und der Wegfall von Preiskontrollen bei Gas und Strom inflationserhöhend. Infolgedessen betrug die Inflation in Rumänien im Februar 8,4 % und in der Slowakei und Kroatien

jeweils rund 4 %. Die Hauptinflationstreiber waren in allen Ländern der Region die Preise für Lebensmittel und Dienstleistungen. Für die weitere Inflationsentwicklung wird die Dynamik der Energiepreise von zentraler Bedeutung sein. Wie stark sich der Iran-Krieg auf die Energiepreise und damit auf die künftige Inflation auswirkt, hängt vor allem von der Dauer des Konflikts, dem Ausmaß und der Nachhaltigkeit der Störungen auf den Energiemärkten sowie von staatlichen Entlastungsmaßnahmen für Haushalte und Unternehmen ab. Vor dem Hintergrund einer günstigen Inflationsprognose zu Jahresbeginn senkten die ungarische Zentralbank Ende Februar und die polnische Zentralbank Anfang März 2026 ihre Leitzinsen jeweils um 25 Basispunkte. Seither blieben die Leitzinsen in den Ländern der Region vorerst unverändert. Die weiteren geldpolitischen Entscheidungen dürften maßgeblich von der Inflationsentwicklung und der Einschätzung der Länderrisiken durch die Finanzmärkte abhängen.

Die Fiskalpolitik wird in den mittel- und osteuropäischen Ländern im Prognosezeitraum von der angespannten budgetären Lage geprägt. Aufgrund einer Fortsetzung des Sparkurses des Jahres 2025 ist in Rumänien mit einem Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits von 7,7 % im Jahr 2025 auf 6,2 % bzw. 5,2 % in den Jahren 2026 und 2027 zu rechnen. In der Slowakei wird für 2026 ein Rückgang des gesamtstaatlichen Defizits von 5 % auf 4,6 % des BIP erwartet. In Ungarn verhindern wahlbezogene Zusagen sowie wirtschaftliche Unsicherheiten eine Budgetkonsolidierung. Daher dürfte das Haushaltsdefizit von rund 4,7 % im Jahr 2025 auf über 5 % im Jahr 2026 ansteigen. In Polen ist die Haushaltslage derzeit von einer expansiven Finanzpolitik geprägt, die vor allem auf stark gestiegene Verteidigungsausgaben von nahezu 5 % des BIP sowie umfangreiche Sozialleistungen zurückzuführen ist. Da keine Konsolidierung vorgesehen ist, dürfte das gesamtstaatliche Defizit in den Jahren 2026 und 2027 bei über 6 % des BIP verharren.

Der anhaltende Arbeitskräftemangel trägt im Prognosezeitraum zu steigenden Reallöhnen bei, was den Konsum stützt. Allerdings deuten die aktuellen Daten auf eine Verlangsamung des Lohnwachstums hin. Geringere Reallöhne infolge des Iran-Krieges könnten die Konsumausgaben belasten. Der Tourismus könnte hingegen sogar von der aktuellen Lage profitieren, sofern es weltweit zu weiteren Reiseeinschränkungen kommt. In der Industrie besteht das Risiko, dass die moderate Erholung erneut gebremst wird.

Die Investitionen werden durch EU-Mittel gestützt. Die Inanspruchnahme des EU-Aufbau- und Resilienzfonds dürfte dabei im laufenden Jahr weiter zunehmen, da das Programm Ende 2026 auslaufen soll. Allerdings, bestehen aktuell in den mittel- und osteuropäischen Ländern erhebliche Umsetzungslücken. Mehr als die Hälfte der

Mittel wurde bereits ausgezahlt, allerdings unterscheiden sich die Fortschritte deutlich zwischen den Ländern. Kroatien und Tschechien liegen mit Auszahlungsquoten von rund 80 % bzw. 70 % an der Spitze, gefolgt von Slowenien, der Slowakei und Bulgarien mit jeweils über 60 %. Deutlich zurück blieben hingegen Rumänien und Polen, deren Auszahlungsquoten lediglich 47 % bzw. 38 % betragen. Die Mittel fließen vor allem in große öffentliche Investitionsprojekte.

Im Rahmen des EU-Verteidigungsprogramms SAFE („Security Action for Europe“), der ersten Säule der Strategie „Readiness 2030“, haben zahlreiche osteuropäische Staaten offiziell ihr Interesse an zinsgünstigen Krediten bekundet. Die ersten Auszahlungen werden für April 2026 erwartet. Ein Schwerpunkt vieler Vorhaben werden Infrastruktur- und Doppelnutzungsprojekte (sowohl zivil als auch militärisch nutzbar) sein. Gleichzeitig erhöhen die Kredite die Staatsverschuldung.

Die Einkaufsmanagerindizes (EMI) für das Verarbeitende Gewerbe zeichnen für die Region im März 2026 ein gemischtes Bild. Während Polen, Tschechien und Ungarn voraussichtlich von einer Erholung der deutschen Industrie profitieren und Zuwächse verzeichnen, bleibt die Lage in Rumänien angespannt. In Polen und Ungarn stieg der Index gegenüber Februar deutlich an und liegt nun über der Expansionsschwelle von 50 Punkten. In Tschechien und Rumänien befindet sich der EMI hingegen weiterhin im kontraktiven Bereich. Belastend wirken Lieferverzögerungen und steigende Inputpreise infolge des Iran-Krieges. Auch wenn sich die geopolitische Lage bald wieder entspannt, dürfte die Konjunktur im Frühling zunächst spürbar gebremst werden, bevor sie im weiteren Jahresverlauf wieder an Dynamik gewinnt. Unterstützt wird sie dabei vor allem durch stärkere Exporte, da die negativen Zolleffekte des vergangenen Jahres entfallen, sowie einen weiterhin wachsenden privaten Konsum. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in den MOEL-5 im Jahresdurchschnitt 2026 um 2,4 % expandieren. Für das Jahr 2027 wird mit einem BIP-Wachstum von 2,5 % gerechnet.

Die Wirtschaft **Russlands** gewann Ende 2025 vorübergehend an Dynamik, vor allem wegen vorgezogener Konsumausgaben vor der Mehrwertsteuererhöhung im Jänner 2026. Im Jahresdurchschnitt wuchs das BIP im Vorjahr um rund 1 %, insgesamt zeigte sich jedoch eine deutliche Abschwächung der inländischen Nachfrage. Sowohl der private als auch der öffentliche Konsum verloren an Dynamik, zugleich schwächte sich auch das Investitionswachstum deutlich ab. Russland veröffentlicht keine Daten mehr zur realen Entwicklung des Außenhandels. Nominell gingen sowohl Exporte als auch Importe zurück. Die Exporte litten vor allem unter niedrigeren Ölpreisen, während die Importe insbesondere bei Maschinen, Ausrüstungen, und Transportmitteln deutlich sanken.

Unternehmensumfragen deuten auf eine deutliche Verschlechterung der russischen Wirtschaftslage am Anfang dieses Jahres hin. Nach einer Schätzung des russischen Wirtschaftsministeriums ist das BIP im Jänner gegenüber dem Vorjahr um 2 % gesunken. Die Staatseinnahmen gingen im Jänner und Februar laut vorläufigen Daten um 10 % zurück. Hauptursachen waren niedrigere Öl- und Gaseinnahmen aufgrund gesunkener Exportpreise und auch Kapazitätsausfälle und Produktionsstopps infolge ukrainischer Angriffe auf die russische Gas- und Öl-Infrastruktur. Vor dem Hintergrund der im Februar auf 5,9 % gesunkenen Inflationsrate senkte die Zentralbank im März den Leitzins auf 15 %, um die Konjunktur zu stützen. Die angespannte Wirtschaftslage zu Jahresbeginn dürfte sich vorübergehend etwas gelockert haben, da die zuletzt deutlich gestiegenen Ölpreise die Exporterlöse und Staatseinnahmen ankurbeln und damit auch das BIP-Wachstum unterstützen. Gleichzeitig hat die Ukraine durch gezielte Schläge gegen die russischen Häfen und Raffinerien die Exportfähigkeit des Landes im März 2026 auf einen historischen Tiefpunkt gedrückt. Für die Jahre 2026 und 2027 ist insgesamt mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,7 % bzw. 0,8 % zu rechnen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2023	2024	2025	2026	2027
BIP, real					
Deutschland	-0,9	-0,5	0,2	0,6	1,0
Italien	0,9	0,8	0,5	0,5	0,8
Frankreich	1,4	1,2	0,8	0,8	1,1
Vereinigtes Königreich	0,3	1,1	1,4	0,9	1,2
Schweiz	0,8	1,4	1,1	1,0	1,2
USA	2,9	2,8	2,1	1,8	1,8
Japan	0,7	-0,2	1,2	0,7	0,7
China	5,4	5,0	5,0	4,5	4,3
Polen	0,2	3,0	3,6	3,0	2,8
Slowakei	2,1	1,9	0,8	1,0	1,6
Tschechien	0,0	1,3	2,5	2,2	2,3
Ungarn	-0,8	0,6	0,4	1,7	2,3
Slowenien	2,4	1,7	1,1	1,8	2,0
MOEL-5 ⁱ	0,3	2,2	2,6	2,4	2,5
Bulgarien	1,7	3,4	3,1	2,7	2,5
Rumänien	2,3	0,9	0,7	0,6	2,3
Kroatien	3,8	3,8	3,2	2,8	2,3
Russland	4,1	4,9	1,0	0,7	0,8
Euroraum	0,4	0,9	1,4	0,8	1,1
NMS-4 ⁱⁱ	0,5	1,9	2,4	2,2	2,6
EU-27	0,4	1,1	1,6	1,0	1,3
OECD	1,8	1,7	1,8	1,5	1,6
Welt	3,4	3,3	3,3	2,8	2,8
Welthandel (Waren laut CPB)	-0,9	2,5	4,4	0,2	2,0
Österreichische Exportmärkte	0,1	1,4	3,6	0,8	2,0
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,08	1,08	1,13	1,15	1,16
Rohölpreis (USD je Barrel Brent) ⁱⁱⁱ	82,6	80,5	69,2	92,5	80,7

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-4: Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, LSEG Datastream, ab 2026 Prognose des IHS

3 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft

3.1 Auswirkungen des Iran-Krieges

In diesem Abschnitt werden auf Basis simulationsgestützter Analysen die makroökonomischen Auswirkungen des Energiepreisschocks auf die österreichische Volkswirtschaft quantifiziert sowie die zugrunde liegenden Übertragungsmechanismen aufgezeigt. Die Simulationen wurden mit dem am IHS entwickelten Modell ATMOD durchgeführt. Dabei handelt es sich um ein multisektorales, dynamisches, neukyonesianisches Modell einer kleinen offenen Volkswirtschaft, in dem die intersektoralen Zusammenhänge der Input-Output-Tabelle durch ein Energie-Satellitenkonto erweitert werden, das die Energieströme detailliert abbildet. Im Modell wird zudem berücksichtigt, dass eine Erhöhung des Gaspreises über das Merit-Order-Prinzip zu einem Anstieg der Strompreise führt. Für eine kleine offene Volkswirtschaft wie Österreich werden die Preise importierter Güter als exogen angenommen. Gleichzeitig wird jedoch modelliert, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs bei diesem Schock nicht verschlechtert, da der Energiepreisanstieg ein globales Phänomen darstellt und die Weltwirtschaft insgesamt betrifft.

Dabei werden ein **Vorkriegsszenario** und ein **Alternativszenario** mit dem **Basisszenario** verglichen, das der Prognose zugrunde liegt. Die Szenarien unterscheiden sich durch die Energiepreisannahmen (Abbildung 9 und Abbildung 10). Das **Vorkriegsszenario** ist durch einen konstanten Ölpreis von 62 US-Dollar und einen ebenfalls im Simulationszeitraum konstanten Gaspreis von 35 Euro in den Jahren 2026 und 2027 gekennzeichnet. Dem **Basisszenario** liegen die Terminmarktnotierungen der globalen Energierohstoffpreise zum Stichtag 20. März zugrunde. In diesem Szenario erreichen die Öl- und Gaspreise mit rund 107 US-Dollar pro Barrel Öl bzw. knapp 60 Euro je MWh Erdgas im zweiten Quartal Höchststände. Während die Ölpreise in der Folge merklich sinken, bleiben die Gaspreise länger auf dem hohen Niveau. Für die Jahresdurchschnitte 2026 und 2027 wird ein Ölpreis von 90 bzw. 80 US-Dollar erwartet, nach 68 US-Dollar im Jahresdurchschnitt 2025. Die Gaspreise steigen, ausgehend von 37 Euro im Jahr 2025, auf 54 Euro bzw. 46 Euro. Im pessimistischeren **Alternativszenario** steigt der Ölpreis auf nahezu 125 US-Dollar und liegt im Jahresdurchschnitt 2026 bei 105 US-Dollar sowie im Folgejahr bei 94 US-Dollar. Der Gaspreis steigt auf 60 Euro und bleibt auf diesem Niveau; im Jahresdurchschnitt liegt er im Jahr 2026 bei 55 Euro und im Folgejahr bei 60 Euro.

Abbildung 9: Ölpreis-Entwicklung in den Szenarien

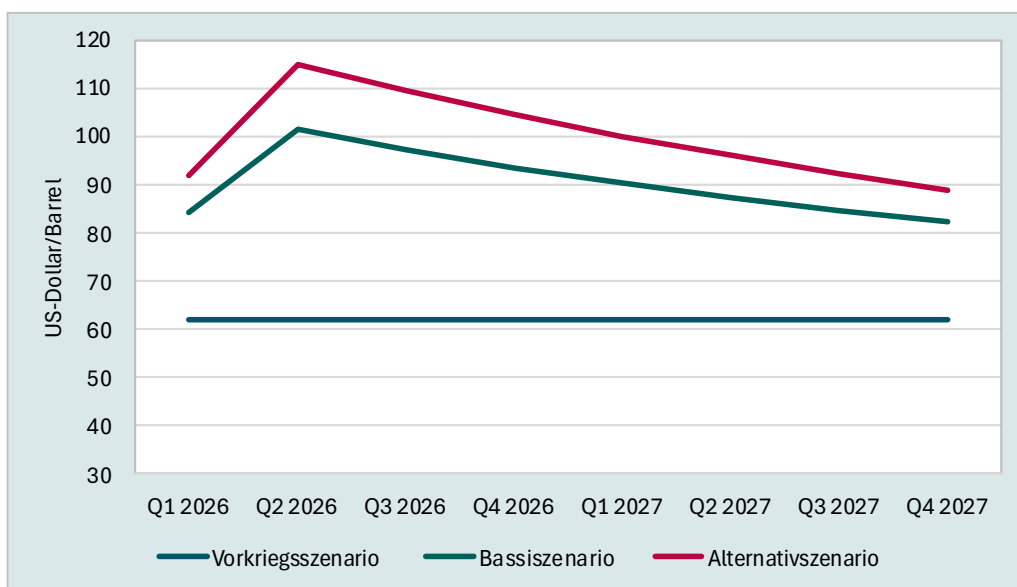
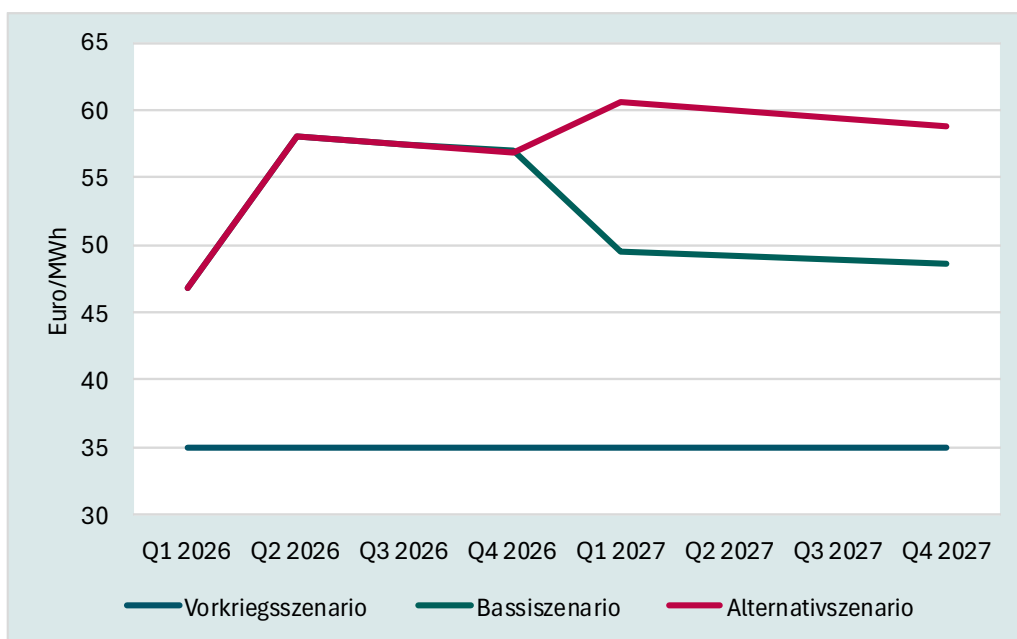


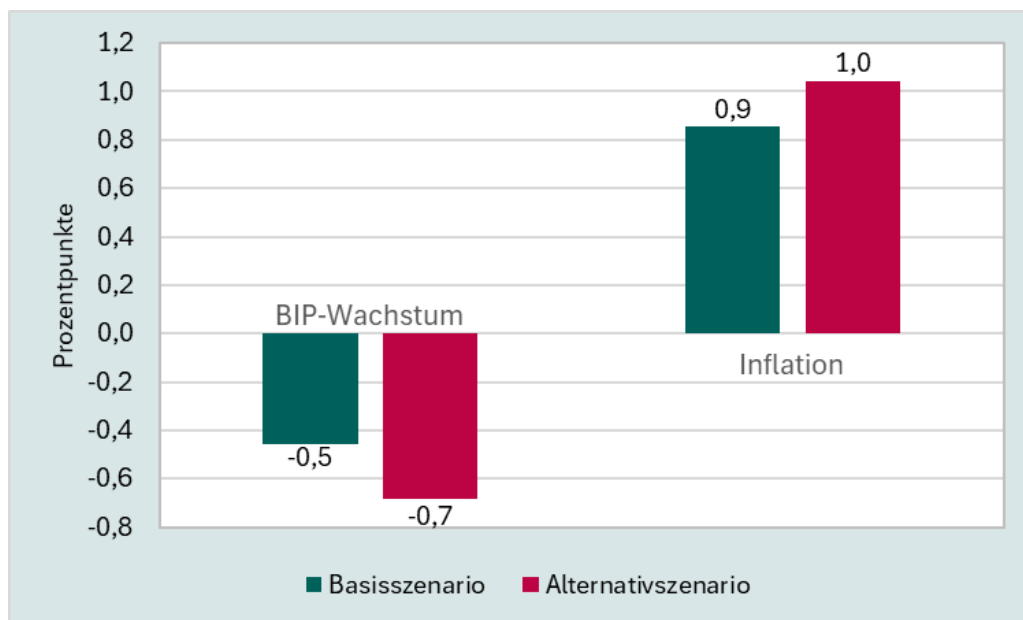
Abbildung 10: Gaspreis-Entwicklung in den Szenarien



Als Folge des Anstiegs der Energiepreise fällt im Basisszenario der BIP-Anstieg im Jahr 2026 um 0,5 Prozentpunkte geringer aus als im Vorkriegsszenario, während die Inflation um 0,9 Prozentpunkte steigt (Abbildung 11 und Abbildung 12). Für das Jahr 2027 ergibt sich ein Rückgang der BIP-Wachstumsrate um 0,3 Prozentpunkte, während die Inflation um 0,2 Prozentpunkte zunimmt. Dabei wird angenommen,

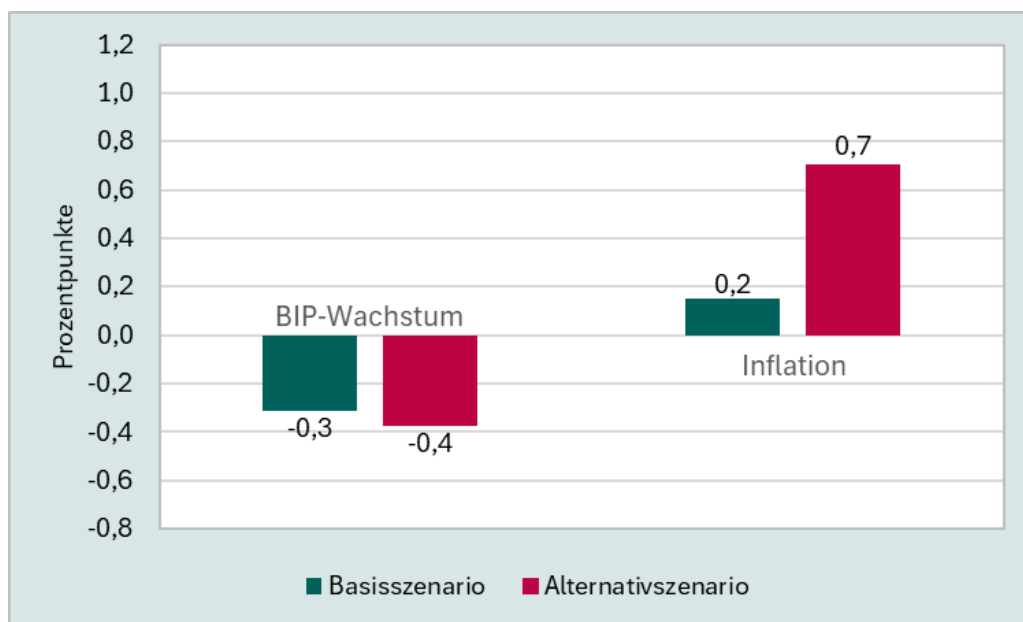
dass die europäische Geldpolitik ab dem zweiten Quartal 2026 mit einer Serie von drei Zinserhöhungen von jeweils 0,25 Prozentpunkten reagiert.

Abbildung 11: Abweichungen vom Vorkriegsszenario im Jahr 2026



Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung 12: Abweichungen vom Vorkriegsszenario im Jahr 2027



Quelle: Eigene Berechnungen

Dass der Energiepreisschock auch noch im Jahr 2027 eine Reduktion der Wirtschaftsleistung auslöst, obwohl die Energiepreise bereits wieder sinken, ist zu einem großen Teil auf die Reallohnentwicklung zurückzuführen. Die Lohndynamik wird durch eine Approximation der Benya-Formel modelliert, gemäß der der Reallohn mit einer Verzögerung von etwa einem Jahr der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Inflation folgt. Daraus ergibt sich eine Reallohnsenkung im Jahr 2026, die im Jahr 2027 teilweise kompensiert wird.

Im Alternativszenario ergibt sich eine Reduktion des BIP-Wachstums um 0,7 Prozentpunkte im Jahr 2026 und um 0,4 Prozentpunkte im Jahr 2027 sowie ein Anstieg der Inflation um 1,0 Prozentpunkte im Jahr 2026 und um 0,5 Prozentpunkte im Jahr 2027. Dabei wird angenommen, dass die Geldpolitik stärker als im Basisszenario, konkret mit drei Zinsschritten von jeweils 0,4 Prozentpunkten reagiert, um den Preisanstieg zu dämpfen. Insbesondere die anhaltende Erhöhung der Gaspreise und der daraus resultierende Anstieg der Strompreise haben einen nachhaltigen Effekt auf die Inflation.

Es ist abschließend zu betonen, dass die Bandbreite möglicher Entwicklungen derzeit ungewöhnlich groß ist. Insbesondere sind deutlich stärkere und länger anhaltende Öl- und Gaspreisanstiege im Zuge einer weiteren Eskalation der geopolitischen Spannungen keineswegs auszuschließen. So könnte es, anders als derzeit von den Terminmärkten erwartet, zu einer merklichen Verringerung der Produktionskapazitäten kommen. Zudem können durch die Beeinträchtigung der Transportwege neben den reinen Energiepreiseffekten zusätzliche Lieferkettenstörungen auftreten, die im Modell nicht abgebildet sind und die gesamtwirtschaftlichen Kosten weiter erhöhen würden. Auf der anderen Seite gibt es auch dämpfende Faktoren: So ist denkbar, dass die Lohnabschlüsse moderater ausfallen als angenommen, da sich Tarifparteien aufgrund der Lehren aus der letzten Inflationswelle stärker am BIP-Deflator statt am Verbraucherpreisindex orientieren. Dies würde die Zweitrundeneffekte auf die Inflation vermindern und die Notwendigkeit von Zinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank tendenziell verringern. Zu beachten ist außerdem, dass die strukturelle Abhängigkeit moderner Volkswirtschaften vom Öl heute deutlich geringer ist als während der Ölkrisen der 1970er und 1980er Jahre. Dabei ist die Energieintensität der Wirtschaftsleistung in der EU nur etwa halb so hoch wie in den USA und vergleichbar mit großen asiatischen Volkswirtschaften wie China und Japan.

3.2 Außenwirtschaft

Die globale Nachfrage hat im vergangenen Jahr angezogen, wodurch die negativen Effekte der US-Zollpolitik auf Österreichs Warenexporte und die nachlassende Nachfrage nach Pharmaprodukten kompensiert wurden. Der Außenhandel hat sich stabilisiert, die Erholung wird allerdings seit Anfang März durch den Iran-Krieg gebremst. Die Blockade der Straße von Hormus führt zu erneuten Unterbrechungen von globalen Lieferketten. Unmittelbar betroffen ist vor allem die Verschiffung von Erdöl und Erdgas innerhalb Asiens sowie von weiteren Produkten wie Düngemitteln und Helium. Während der Seetransport europäischer Waren überwiegend durch den Suezkanal verläuft und daher nicht direkt betroffen ist, trifft der aus der Verknappung des Erdöl- und Erdgasangebots resultierende Energiepreisschock die Weltkonjunktur und folglich die österreichische Exportnachfrage.

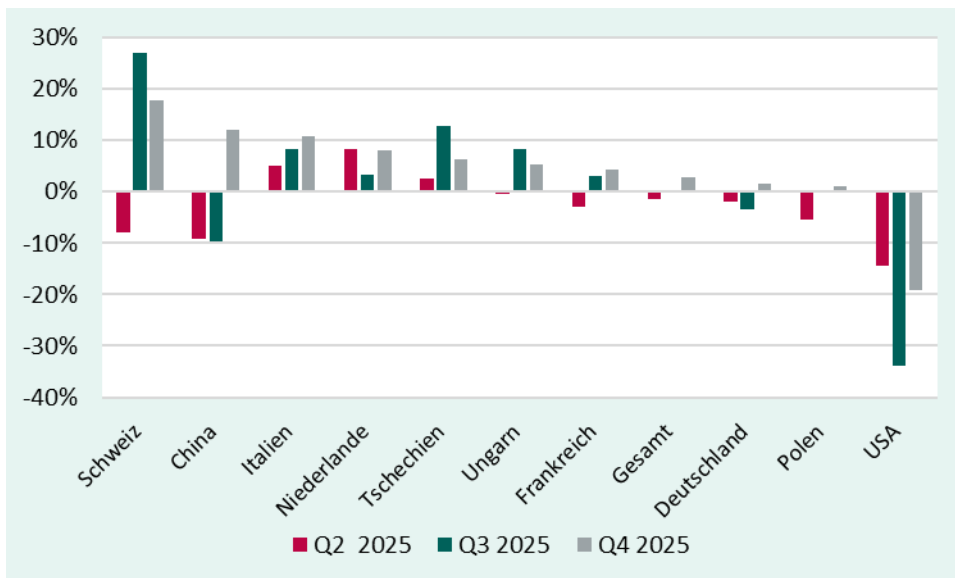
Im vierten Quartal 2025 gingen die realen Warenexporte um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Die Nachfrage aus Deutschland erholte sich zwar, blieb aber weiterhin schwach. Im vierten Quartal wurden Waren im Wert von 14,1 Milliarden Euro nach Deutschland exportiert, was einem Anstieg von 1,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal entsprach. Die nominellen Exporte von Maschinen und Fahrzeugen, der mit rund 38 % der Warenexporte nach Deutschland größten Produktgruppe, verzeichneten einen Zuwachs um 4,4 %. Chemische Erzeugnisse und Konsumnahe Güter, die mit 10,6 % bzw. 10,0 % ebenfalls große Anteile an den gesamten Warenexporten nach Deutschland einnehmen, verzeichneten hingegen Rückgänge um 12,2 % und 3,6 %, während Exporte von Bearbeiteten Waren, die einen Anteil von 21,6 % haben, um 1,9 % anstiegen.

Die Warenexporte in die USA sind infolge der US-Zollanhebungen eingebrochen.¹ Die Ausfuhren beliefen sich im vierten Quartal auf 3,3 Milliarden Euro und lagen damit um 19,3 % unter dem Vergleichszeitraum im Vorjahr. Die stärksten Rückgänge verzeichneten die Ausfuhren von Chemischen Erzeugnissen (-55,3 %) sowie von Bearbeiteten Waren (-12,4 %), während die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen (1,7 %) und von Konsumnahe Gütern (0,5 %) leichte Anstiege verbuchten. Insgesamt deutete der Anstieg der gesamten Warenexporte im vierten Quartal auf eine Erholung hin. So stiegen die Warenexporte in wichtige Exportdestinationen wie China (12,0 %), Frankreich (4,3 %), Italien (10,7 %), die Niederlande (8,1 %), Polen (1,2 %), Tschechien (6,4 %) und die Schweiz (17,9 %).

¹ Vergleiche dazu die Modellprognosen in Bonin et. al. (2025), Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025-2029, Wirtschaftsprognose 138, Juli 2025.

Die erratische Handelspolitik der USA und die damit verbundene Unsicherheit belasten weiterhin den Welthandel. Darüber hinaus treffen der Iran-Krieg und der Energiepreisschock die Weltkonjunktur. Demzufolge ist auch die Prognose für die Außenwirtschaft mit hoher Unsicherheit behaftet. Der FIW Trade Indicator, der ein Signal über die Entwicklung des Warenaußenhandels am aktuellen Rand gibt, wies bis inklusive Februar generell einen Aufwärtstrend auf und deutete auf eine positive Entwicklung im ersten Quartal hin. Die Vorlaufindikatoren hatten sich bis zuletzt generell aufgehellt. Die Einschätzung der Auslandsauftragsbestände in der heimischen Sachgüterindustrie hatte sich verbessert. Die positive Entwicklung dürfte durch die erneute Krise ein abruptes Ende finden. Für das aktuelle Jahr wird daher nur ein geringer Anstieg der realen Warenexporte um 0,6 % prognostiziert. Für das Jahr 2027 wird ein Wachstum von 2,0 % erwartet.

Abbildung 13: Warenexporte nach Ländern (Veränderung zum. Vorjahresquartal)



Anmerkung: Nominelle Warenexporte laut Außenhandelsstatistik. Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal.

Quelle: Statistik Austria

Im vierten Quartal 2025 wurden laut Außenhandelsstatistik Waren im Wert von 50,7 Milliarden Euro importiert und von 48,7 Milliarden Euro exportiert. Das Handelsbilanzdefizit belief sich daher auf 2,0 Milliarden Euro. Das Handelsbilanzdefizit resultierte nicht nur aus schwachen Warenexporten, sondern war auch auf die Erholung der Warenimporte zurückzuführen, denn die anziehende Inlandsnachfrage führte zu einer höheren Nachfrage nach importierten Waren. Für die Jahre 2026 und 2027 werden Anstiege der realen Warenimporte um 0,5 % bzw. 2,3 % erwartet.

Die Wintersaison verlief im Tourismussektor positiv. Im vierten Quartal stiegen die Nächtigungen von ausländischen Gästen um 8,3 % gegenüber dem Vergleichsquartal im Vorjahr. Im Jänner und Februar betrug der Zuwachs im Durchschnitt 5,3 %. Wien verzeichnete im vierten Quartal mit 4,8 Millionen Nächtigungen von ausländischen Gästen wieder einen kräftigen Zuwachs um 10,8 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr. Der positive Trend setzte sich zu Beginn des Jahres fort. Das IHS rechnet für das laufende und das kommende Jahr jeweils mit einem Anstieg der realen Reiseverkehrsexporte um 2,0 %.

Insgesamt wird für das laufende Jahr ein verhaltenes Wachstum der realen Exporte i. w. S. um 1,1 % prognostiziert. Für das Jahr 2027 wird eine Erholung und damit ein Anstieg um 2,1 % erwartet. Für die realen Importe i. w. S. wird im laufenden Jahr ein Anstieg um 1,0 % prognostiziert. Für das Jahr 2027 geht das Institut von einem Zuwachs um 2,2 % aus.

3.3 Privater Konsum

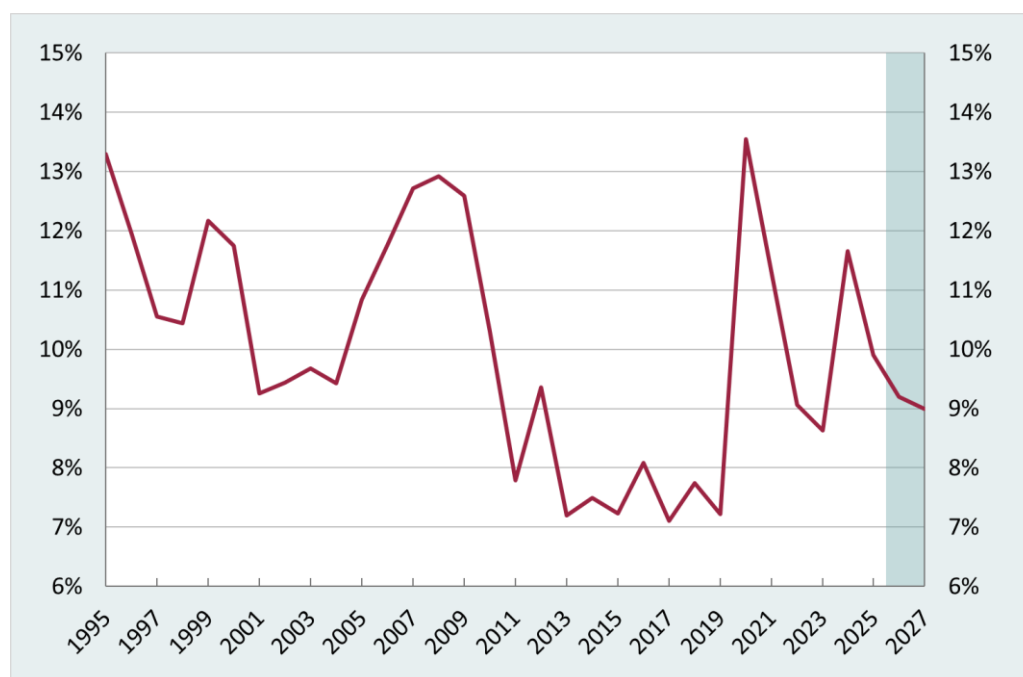
Die kriegerischen Ereignisse im Nahen Osten und die in der Folge stark gestiegenen Preise für Energierohstoffe haben auch in Österreich zu einer wesentlichen Erhöhung der Inflationsrate beigetragen. Da ein Ende der Feindseligkeiten und damit ein möglicher Rückgang des Preisauftriebes noch nicht abzusehen ist, ist davon auszugehen, dass die Realeinkommen der österreichischen Haushalte auch im laufenden Jahr sinken. Damit verringert sich der zur Verfügung stehende Ausgabenspielraum, Ersparnisse müssen angegriffen werden. Die Krisenentwicklung trifft die Haushalte in einer Situation, in der sie gerade ihre Konsumlust wieder entdeckt haben. Zu Jahresbeginn stiegen die Umsätze im Einzelhandel auch nach Inflationsbereinigung deutlich, die Neuanmeldungen von Automobilen zeigten eine außergewöhnlich starke Aktivität.

Zur Befriedigung ihrer Konsumbedürfnisse kommen die Haushalte also nicht ohne gewisse Rückgriffe auf angesparte Vermögen aus, denn die Entwicklung der Realeinkommen bleibt bis zum Ende des Prognosezeitraums schwach. Nach Veröffentlichung der VGR-Sektorkonten für das vergangene Jahr wird deutlich, dass die real verfügbaren Haushaltseinkommen sogar um 1,5 % geschrumpft sind. Auch heuer fallen sie um 0,3 %. Erst im kommenden Jahr werden sie laut Prognose wieder mäßig um 0,4 % wachsen. Demgegenüber expandiert der reale Konsum der Haushalte im laufenden Jahr um immerhin 0,5 %, im kommenden Jahr um 0,7 %. Aus dieser Diskrepanz ergibt sich eine langsam, aber kontinuierlich fallende Haushaltssparquote, von den noch recht hohen 9,9 % im Vorjahr über heuer 9,2 % auf 9,0 % im Jahr 2027.

Ihre Konsumausgaben stärker auszuweiten, als dies die Einkommensdynamik eigentlich zuließe, dafür haben die Haushalte jedenfalls eine gute Basis aus dem Jahr 2024, als deutliche Lohnzuwächse bei sich abschwächendem Preisauftrieb die Kaufkraft real stark erhöhten. Damals herrschte Konsumzurückhaltung vor, und die Haushaltssparquote stieg kräftig an. Eine Studie im Auftrag des Europäischen Parlaments bestätigt auf Basis von Umfragedaten, dass europaweit Haushalte Inflationsraten tendenziell überschätzen und dass sich diese Fehleinschätzungen bei erhöhter Inflation verstärken und länger andauern.² Dadurch verursacht der Rückgang des Preisauftriebs zunächst eine Erhöhung der Sparquote. Viele Haushalte benötigten also noch etwas Zeit, um ihr Vertrauen wieder aufzubauen und zu ihren Konsumgewohnheiten zurückzufinden. In dieser Phase werden sie nun von einem neuen Preisauftrieb überrascht.

Gegenüber der Winter-Prognose des IHS hat sich die Einschätzung der Dynamik der Realeinkommen wegen der höheren Inflation verschlechtert. Das Institut schätzt auch die Entwicklung der Konsumausgaben etwas vorsichtiger ein als zuletzt, erwartet jedoch weiterhin einen Rückgang der Haushaltssparquote.

Abbildung 14: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

²Andre, P., Schaffranka, C., & Weber, M. (2026). *Upward bias in inflation perceptions: Persistence, drivers, implications* (No. 117). SAFE White Paper.

Abbildung 14 zeigt die Entwicklung der **Haushaltssparquote** über die letzten Jahrzehnte. In der jüngsten Epoche wird die Grafik von den beiden Spitzen in den Jahren 2020 und 2024 dominiert. Diese deutlich zweistelligen Werte entsprechen zwar sicher nicht den längerfristigen Wünschen und Plänen der Haushalte, der entsprechende Sollwert dürfte sich aber gegenüber den Jahren vor 2020 nachhaltig gehoben haben. In den Jahren 2025 bis 2027 herrscht eine fallende Tendenz vor, wobei die Kenngröße einem mittelfristigen Gleichgewichtswert von rund 9 % zuzustreben scheint.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Organisationen ohne Erwerbszweck** hat sich in den vergangenen Jahren unregelmäßig entwickelt, wobei recht starke Zuwachsraten aufgetreten sind, aber auch einzelne Einbrüche. Für die beiden Prognosejahre wird angenommen, dass sich dieses Aggregat parallel zum Haushaltskonsum bewegt, also mit 0,5 % und 0,7 % expandiert. Der private Konsum insgesamt ergibt sich als Summe des Haushaltskonsums und des Konsums der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Für die beiden Jahre 2026 und 2027 prognostiziert das IHS daher hier ebenfalls Zuwächse von 0,5 % und 0,7 %.

3.4 Investitionen

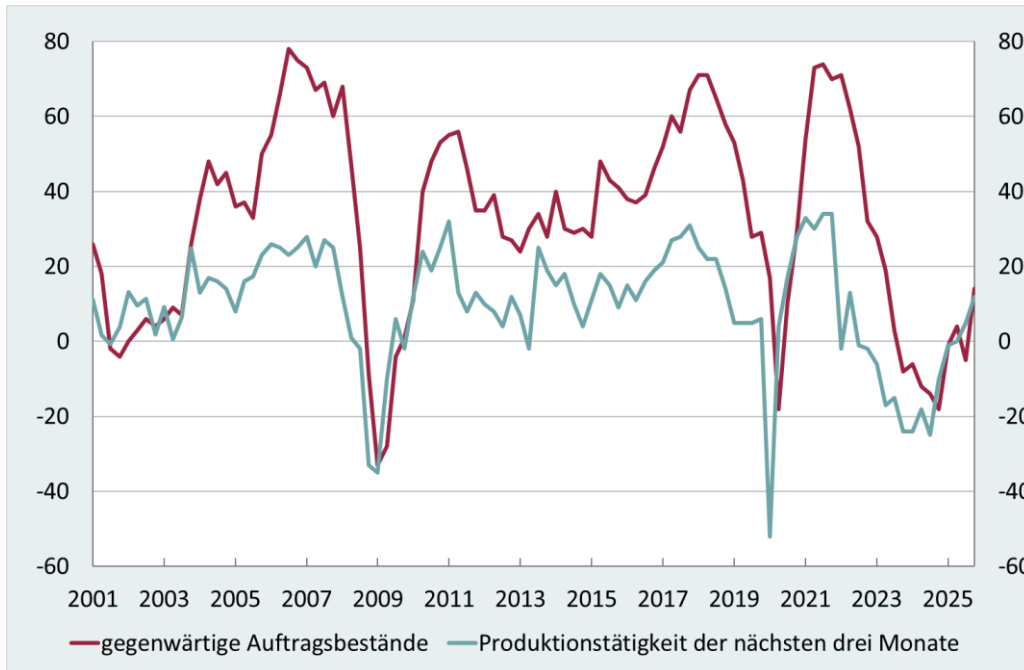
Die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** haben sich im vergangenen Jahr erholt. Mit 5,0 % im Jahresdurchschnitt fiel der Anstieg sogar recht kräftig aus. Mit jeweils rund 9 % war die Zunahme bei den Investitionen in Fahrzeuge sowie in sonstige Maschinen und Geräte besonders stark. Die Investitionen in Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie wurden hingegen nur um 0,8 % ausgeweitet, wobei die Anschaffungen von Computer-Hardware sogar um 3,0 % sanken. Im vierten Quartal gingen die Ausrüstungsinvestitionen saisonbereinigt um 3,4 % gegenüber dem Vorquartal zurück, wobei die Anschaffungen von Fahrzeugen um 12,0 % und die Käufe von Maschinen und Geräten um 3,2 % sanken. Hierbei handelte es sich wohl um Gegenbewegungen zu den kräftigen Anstiegen in den Vorquartalen. Begünstigt wurde die Investitionstätigkeit im vergangenen Jahr von der allmählichen Konjunkturbelebung und den sinkenden Zinsen, was sich in einer Zunahme der Nachfrage nach Unternehmenskrediten niederschlug. Laut der Umfrage zum Kreditgeschäft („*Bank Lending Survey*“) zeigten sich die strukturellen Probleme der österreichischen Industrie aber auch in der Kreditentwicklung, denn die Kreditnachfrage der energieintensiven Industrie und der Automobilindustrie sank weiter.

Vor dem Iran-Krieg deuteten umfragebasierte Indikatoren wie jene bezüglich der Produktionserwartungen und der Auftragsbestände der heimischen Industrieunternehmen (Abbildung 15) auf ein fortgesetztes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen hin. Wegen der noch immer unterdurchschnittlichen Auslastung der Produktionskapazitäten (Abbildung 16) und des vorangegangenen Verlusts an preislicher Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie war aber nur eine moderate Expansion zu erwarten. Mit dem Ausbruch des Iran-Krieges haben sich die Aussichten für die Konjunktur und damit auch für die Sachkapitalbildung deutlich verschlechtert. Die Nachfrage wird geringer sein als ohne den Krieg, wodurch die Kapazitätsauslastung niedrig bleiben wird, weshalb kaum Bedarf an Erweiterungsinvestitionen bestehen wird. Zudem werden wegen des Energiepreisschocks Leitzinserhöhungen erwartet, was sich bereits in höheren Kapitalmarktzinsen niederschlägt. Damit werden auch die Kreditzinsen steigen. Darüber hinaus dürften die Banken wegen der Konjunkturrisiken zurückhaltender bei der Kreditvergabe agieren und die Kreditvergabestandards verschärfen. Auch im vergangenen Jahr verschärfen die Banken gemäß „*Bank Lending Survey*“ trotz der allmählichen Konjunkturerholung die Kreditvergabestandards weiter. Wenn die wirtschaftlichen Folgen des Iran-Krieges, wie angenommen, im Lauf des Jahres abklingen, dürfte die Investitionstätigkeit auf einen moderaten Wachstumskurs zurückkehren. Insgesamt dürften die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im laufenden Jahr um 1,5 % und im kommenden Jahr um 2,0 % steigen.

Der Anstieg des Deflators der Ausrüstungsinvestitionen hat sich im vergangenen Jahr abgeschwächt. Gleichwohl war der Preisauftrieb mit 2,6 % im Jahresdurchschnitt noch immer höher als im langjährigen Durchschnitt. Die Preise für Industrierohstoffe legten zuletzt kräftig zu, insbesondere für Metalle wie Kupfer, Aluminium, Nickel oder Zinn. Neben Angebotsausfällen wirkte auch eine im Zuge der geopolitischen Spannungen gestiegene, vorsichtsgetriebene Nachfrage preistreibend. Mit dem Iran-Krieg kam der Energiepreisschock hinzu. Daher dürfte der Preisindex für die Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum deutlich steigen, laut Prognose um 3,1 % im laufenden und um 2,5 % im kommenden Jahr.

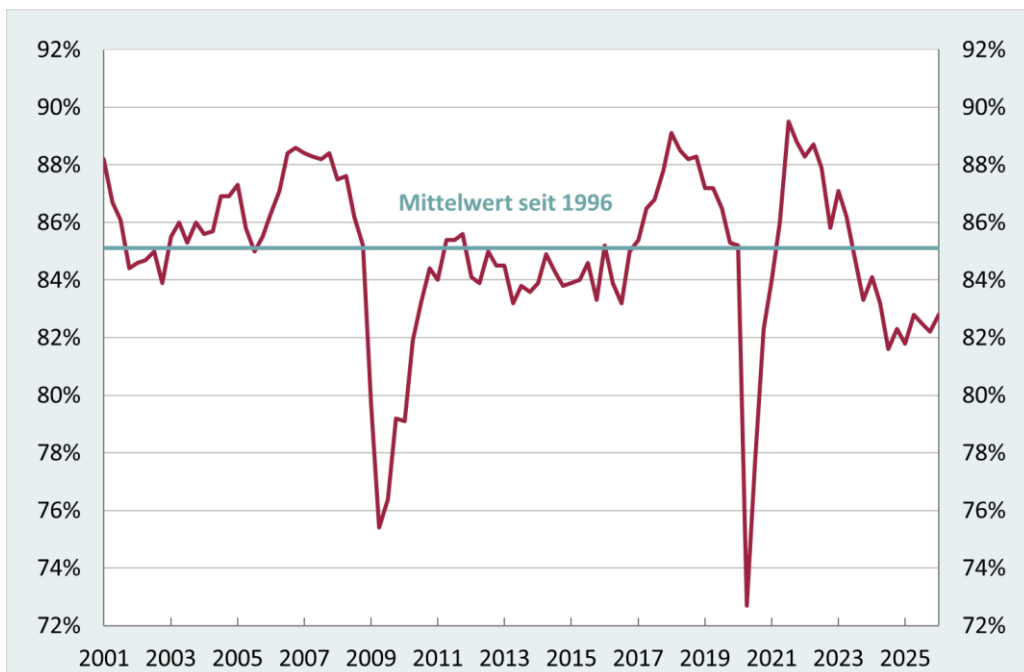
Abbildung 15: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

Abbildung 16: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission

Die **realen Bauinvestitionen** haben im vergangenen Jahr ihre Talfahrt fortgesetzt. Im Jahresdurchschnitt sanken sie um 2,9 %. Die Wohnbauinvestitionen gingen um 6,0 % zurück, womit sich der kumulierte Rückgang in den vergangenen drei Jahren auf 14 ½ % summiert. Die sonstigen Bauinvestitionen erzielten im Jahr 2025 ein zaghaftes Wachstum von 0,4 %, nachdem sie in den drei vorangegangenen Jahren insgesamt um knapp 15 % eingebrochen waren. Im vierten Quartal des vergangenen Jahres sanken die Wohnbauinvestitionen um 0,8 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 0,1 % gegenüber dem dritten Quartal.

Zu Beginn des laufenden Jahres deutete vieles auf eine allmähliche Erholung der Bauinvestitionen hin. So waren im ersten Halbjahr 2025 die Baubewilligungen für neue Wohnungen im Vorjahresvergleich um 8,6 % gestiegen, und die Vergabe von Wohnbaukrediten war um 47 % höher als im Jahr 2024, nicht zuletzt aufgrund der gesunkenen Zinsen. Im Jahr 2024 war die Vergabe von Wohnbaukrediten bereits um 8,7 % gestiegen, freilich nach einem kumulierten Einbruch um 59,4 % in den beiden Jahren davor. Auch für die Bauinvestitionen der Unternehmen hatte sich mit der Konjunkturbelebung und den günstigeren Finanzierungsbedingungen eine Erholung angedeutet.

Die Aussichten für die Bauinvestitionen haben mit dem Iran-Krieg einen Dämpfer bekommen. Der Energiepreisschock und die absehbare Verteuerung von Baumaterialien dürfte die Baunachfrage beeinträchtigen. Die Kreditzinsen dürften im Zuge der erwarteten Leitzinserhöhungen kräftig steigen. Auch wird die hohe Unsicherheit bezüglich des weiteren Kriegsverlaufs wohl dazu führen, dass sich die privaten Haushalte bei größeren Anschaffungen und somit auch bei Wohnbauinvestitionen zurückhalten werden. Einen Dämpfer hatten die Aussichten für die Wohnbauinvestitionen bereits zuvor erhalten, denn im dritten Quartal 2025 waren die Baubewilligungen schon wieder niedriger als ein Jahr zuvor. Auch die Bauinvestitionen der Unternehmen werden sich, wie die Ausrüstungsinvestitionen, wohl schwächer entwickeln, als es ohne den Iran-Krieg zu erwarten gewesen wäre. Wegen der angespannten Finanzlage der Gebietskörperschaften dürften auch die öffentlichen Investitionen nur wenig Dynamik entfalten. Insgesamt ist nunmehr damit zu rechnen, dass die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum weiter sinken werden. Für das laufende Jahr wird ein Rückgang um 1,9 %, für das kommende Jahr um weitere 1,0 % erwartet.

Der Anstieg der Baupreise hat sich im vergangenen Jahr deutlich abgeschwächt. Der Deflator der Bauinvestitionen stieg im Jahresdurchschnitt um 1,9 %. Der stärkste Preisauftrieb dürfte in den sonstigen Bautätigkeiten, wozu etwa Renovierungstätigkeiten zählen, erfolgt sein, denn im Hochbau und im Tiefbau stiegen die Preise nur um 0,8 % bzw. 0,9 %. Auch die Baukosten stiegen zuletzt nur

moderat. So nahmen im Februar die Kosten im Wohnhaus- und Siedlungsbau um 1,9 %, im Straßenbau um 0,6 %, im Brückenbau um 1,7 % und im Siedlungswasserbau um 1,3 % im Jahresabstand zu. Infolge des Iran-Krieges werden sich die Baukosten in den kommenden Monaten deutlich erhöhen. So steigen unmittelbar die Kosten für erdölbasierte Produkte wie Teer und Bitumen. Darüber hinaus zählt die Baustoffindustrie zu den energieintensivsten Wirtschaftsbereichen, sodass sich wegen der höheren Energiekosten auch deren Produkte verteuern werden. Daher dürfte auch der Preisindex der Bauinvestitionen im laufenden und dem kommenden Jahr mit 2,3 % bzw. 2,5 % wieder stärker zulegen.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** eine Stagnation im laufenden Jahr und ein Anstieg um 0,7 % im kommenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, dürfte im Prognosezeitraum mit 23 ½ % konstant bleiben. Diesen Wert hatte sie bereits in den Jahren 2024 und 2025 verzeichnet. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften im laufenden Jahr um 0,8 % und im kommenden Jahr um 1,7 % expandieren.

3.5 Öffentliche Haushalte

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist weiterhin von der Budgetkonsolidierung geprägt. Im zurückliegenden Jahr betrug das gesamtstaatliche Defizit 4,2 % des BIP. Das IHS erwartet für das heurige Jahr eine Stagnation des Defizits bei 4,2 % und im kommenden Jahr allenfalls eine geringfügige Verbesserung auf 4,1 %. Das gesamtstaatliche Defizit ist im Jahr 2025 geringer ausgefallen als erwartet. Insbesondere der Bund konnte seine Budgetziele erreichen. Die Länder und Gemeinden konnten hingegen nur wenig zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Ihre Ausgabendynamik war im vergangenen Jahr zu hoch. Nach Abschluss des neuen österreichischen Stabilitätspaktes müssen auch Länder und Gemeinden ihre Defizite in den kommenden Jahren konsequent reduzieren. Zusätzlich erschwert die konjunkturelle Eintrübung die Konsolidierungsbemühungen, da ein geringeres Wachstum die öffentlichen Haushalte belastet. Die Bundesregierung hat bereits mit den Verhandlungen über das Doppelbudget 2027/28 begonnen. Darin sollen weitere Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden. Diese sind in der vorgelegten Projektion nicht enthalten. Eine weitere Verschlechterung der Konjunktur würde das Budget stärker belasten.

Die Dynamik der staatlichen Ausgaben hat im vergangenen Jahr nachgelassen. Dies machte sich insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2025 beim Staatskonsum

bemerkbar. Die Bezüge der öffentlich Bediensteten und die monetären Sozialleistungen stiegen deutlich geringer als im Vorjahr. Im Jahr 2026 erfolgt die Anhebung der Löhne erst zur Jahresmitte. In den Folgejahren sollen die Löhne vereinbarungsgemäß deutlich unter der Inflationsrate angepasst werden. Eine zurückhaltendere Anpassung der Pensionen entlastet ebenfalls das heurige Budget. Die Marktzinsen für Staatsanleihen sind in den letzten Monaten stark gestiegen. Sollte sich diese Entwicklung als dauerhaft erweisen, würden auch die Zinsausgaben Österreichs mittelfristig weiter zunehmen. Der erneute Energiepreisschock erhöht den Preisauftrieb in den nächsten Monaten. Dadurch steigen zahlreiche nominelle Steuerbasen, während sich die reale Wirtschaftsentwicklung verlangsamt. Ein geringeres Beschäftigungswachstum dämpft die Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer ebenso wie die Sozialbeiträge. Voraussichtlich sinkende Firmengewinne und Ausschüttungen reduzieren die Einnahmen aus Kapital- und Gewinnsteuern.

Seit Jahresbeginn entlastet die Regierung Unternehmen und private Haushalte durch eine Absenkung der Energieabgaben. Die dafür erforderlichen Finanzmittel sollen im laufenden Jahr durch eine Sonderdividende bei staatlich kontrollierten Unternehmen aufgebracht werden. Ab Juli sinkt zudem der Mehrwertsteuersatz für Produkte des täglichen Bedarfs dauerhaft auf 4,9 %. Unter der Voraussetzung, dass die Unternehmen die Steuersenkung weitergeben, wirkt diese Maßnahme entlastend für die privaten Haushalte und dämpft den Preisauftrieb. Mit Sicherheit reduziert sie jedoch die öffentlichen Einnahmen. Als Reaktion auf die schnell steigenden Rohölpreise nach dem Beginn des Iran-Krieges wurde kurzfristig eine „Spritpreissbremse“ beschlossen. Öffentliche Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer aufgrund gestiegener Tankstellenpreise sollen temporär durch eine Senkung der Mineralölsteuer zurückgegeben werden. Gleichzeitig soll durch die Kontrolle der Gewinnmargen auf Ebene der Raffinerien und Tankstellen sichergestellt werden, dass die Preisreduzierung an die Verbraucher:innen tatsächlich weitergegeben wird. Dieser Eingriff hat jedoch zur Folge, dass Preissignale verzerrt werden und es weniger Anreize gibt, das knappere Angebot von Kraftstoffen effizient zu nutzen.

Die Schuldenquote ist im zurückliegenden Jahr auf 81,5 % des BIP angestiegen. Das Institut erwartet eine weitere Zunahme auf 83,5 % und 85,4 % in den Jahren 2026 und 2027. Im letzten Sommer hat die Europäische Kommission ein Defizitverfahren eingeleitet, mit dem Ziel das Maastricht-Defizit bis zum Jahr 2028 unter die Schwelle von 3 % des BIP zu reduzieren. Dieser Wert kann jedoch nur durch eine nachhaltige Stabilisierung der öffentlichen Finanzen erreicht werden. Nach aktuellem Stand sind dazu in der kommenden Budgetperiode weitere Konsolidierungsmaßnahmen

erforderlich. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sich der Zeitraum des Defizitverfahrens verlängert. Auch höhere konjunkturell bedingte Defizite könnten den Erfolg des Verfahrens weiter hinauszögern.

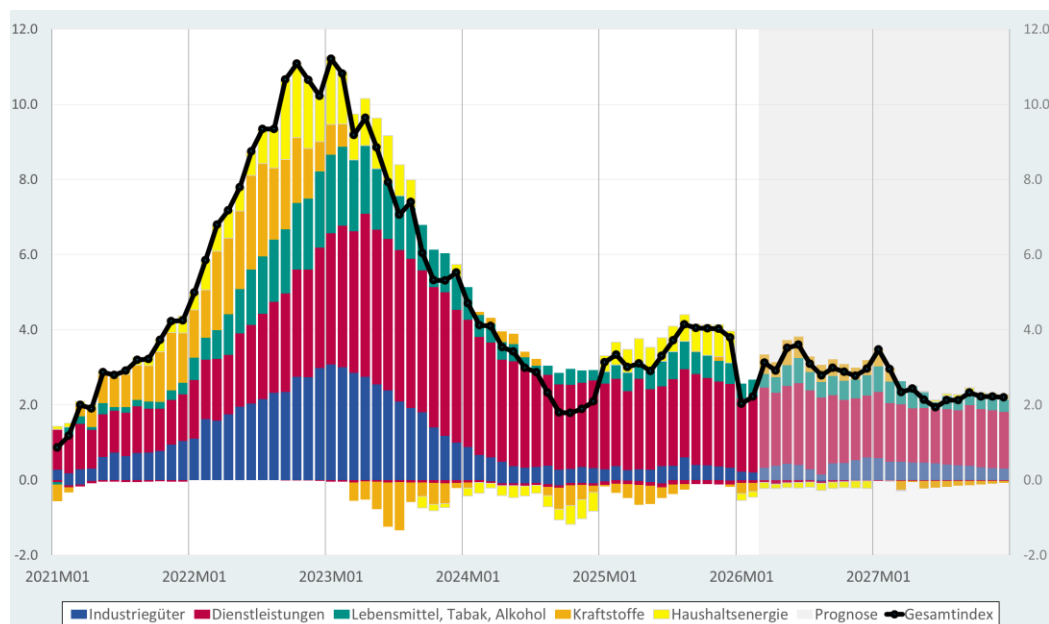
3.6 Löhne und Inflation

Der Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten fiel im Jahr 2025 mit 3,6 % historisch betrachtet immer noch kräftig aus. Der Anstieg der Tariflöhne lag mit 3,9 % leicht darüber. Nach den sehr hohen Anstiegen im Zuge der Hochinflationphase normalisiert sich das Lohnwachstum. Das Institut erwartet für die Jahre 2026 und 2027 ein Effektivlohnplus von 2,0 % bzw. 2,3 %. Dabei wird unterstellt, dass als Reaktion auf die stark gestiegenen Energiepreise im Zuge des Iran-Krieges, wie im Vorjahr, zur Aufrechterhaltung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit nicht die gesamte rollierende Inflation abgegolten wird. Gegeben die Inflationsentwicklung implizieren die Nominallohnanstiege einen Reallohnverlust von knapp 1 % im Jahr 2026 und stagnierende Reallöhne im Jahr 2027.

Die Inflation (gemessen am Verbraucherpreisindex) lag im Jahresdurchschnitt 2025 bei 3,6 %. Der vergleichsweise hohe Wert ist zum Großteil durch das Auslaufen der Stromkostenbremse und anderer vorübergehender Maßnahmen im Bereich der Energie zu erklären. Mit Jänner 2026 fiel dieser Sondereffekt aus der Berechnung der Inflationsrate heraus, und die Inflation sank auf 2,0 % (Abbildung 17). Auch die neu beschlossene Senkung der Energieabgabe dürfte sich leicht dämpfend ausgewirkt haben. Seit März dominiert der Energiepreisschock in Folge des Iran-Krieges die Preisentwicklungen, insbesondere bei Rohöl und Gas, aber auch etwa bei Düngemitteln. Die schnellste Übertragung in die heimischen Verbraucherpreise erfolgt über die Spritpreise, die innerhalb weniger Wochen um rund 30 % zulegten. Somit sprang die Inflationsrate im März auf 3,1 %. Allmählich werden sich auch die höheren Transportkosten, Gaspreise und Düngemittelpreise in der Inflationsrate niederschlagen. Die zeitlich verzögerte Weitergabe der Energiepreisanstiege entlang der Wertschöpfungskette wird wohl auch die Dienstleistungen und Industriegüter etwas verteuern. Moderatere Kollektivvertragsabschlüsse hingegen dämpfen den Anstieg bei den Dienstleistungen. Letztlich bestimmen Dauer und Intensität des Iran-Krieges sowie seine Folgen durch die Zerstörung kritischer Infrastruktur die Übertragung des Energiepreisschocks auf die Wirtschaft. Inflationsdämpfende Maßnahmen der Regierung, wie etwa die Senkung der Mehrwertsteuer auf ausgewählte Nahrungsmittel oder die Spritpreislösung, können hier nur begrenzt entgegenwirken. Gegeben die Energiepreisannahmen erwartet das Institut gegenwärtig, dass die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2026 2,9 % beträgt und im

Jahr 2027 auf 2,4 % absinkt. Damit wird die heimische Inflationsentwicklung in etwa der im Euroraum entsprechen (2,7 % bzw. 2,5 %).

Abbildung 17: Inflation und Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich
 Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeiträge in Prozentpunkten



Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; es kann zu Rundungsdifferenzen bei Summenbildung kommen. Heizöl wird dem Bereich Kraftstoffe zugerechnet und nicht dem Bereich Haushaltsenergie. Quelle: Statistik Austria, ab März 2026 Prognose des IHS.

3.7 Arbeitsmarkt

In den letzten Monaten hat sich die Arbeitsmarktlage etwas verbessert. Im Vorjahresvergleich stieg die Arbeitslosenzahl nur noch wenig und die Beschäftigung legte leicht zu. In der Winter-Prognose wurde noch davon ausgegangen, dass die Beschäftigung anzieht und die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf 2026 zurückgehen dürfte. Die verschlechterten Wachstumsaussichten belasten jedoch den Arbeitsmarkt. Laut Prognose wird der Beschäftigungsanstieg im Prognosezeitraum verhalten bleiben (0,2 % bzw. 0,4 %) und die Arbeitslosenzahl im laufenden Jahr noch etwas zulegen (1,6 %) und erst im kommenden Jahr fallen (-0,6 %). Ausgehend von 7,4 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr auf 7,5 % zulegen und im Jahr 2027 auf 7,4 % sinken.

Im Februar stieg die **Aktiv-Beschäftigung** im Jahresabstand um 9.500 Personen (0,2 %). Gestützt von der Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters legte die Zahl der weiblichen Aktiv-Beschäftigten um 13.700 zu, während die der männlichen um 4.200 zurück ging. In sektoraler Betrachtung expandierte die Beschäftigung im

Dienstleistungssektor (0,7 %), hingegen gingen in der Sachgüterproduktion und am Bau Arbeitsplätze verloren (jeweils –1,7 %). Aufgrund der verhaltenen Konjunktur dürfte die Beschäftigungsdynamik in den kommenden Monaten unverändert bleiben und erst im kommenden Jahr wieder etwas an Fahrt gewinnen. Laut Prognose wird die Beschäftigung in den Jahren 2026 und 2027 um 0,2 % bzw. 0,4 % zunehmen. Bremsend wirken weiterhin die demografische Entwicklung und die Budgetkonsolidierung.

Table 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Februar 2026

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	523	0,0 %
Männer	-7.302	-0,4 %
Frauen	7.825	0,4 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	7.199	0,2 %
Primärer Sektor	52	0,1 %
Sachgüterproduktion	-9.399	-1,5 %
Bau	-4.153	-1,7 %
Dienstleistungssektor	20.705	0,7 %
Arbeitslose	12.060	3,4 %
Männer	2.776	1,3 %
Frauen	9.284	6,8 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	-3.610	4,4 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

In den letzten Monaten hat sich der Anstieg der vorgemerkten **Arbeitslosen** weiter verlangsamt. Im Februar lag deren Zahl um 10.100 bzw. 2,9 % über dem Vorjahresniveau. Während die Arbeitslosigkeit bei den Frauen noch merklich zulegte (6,6 %), stagnierte sie bei den Männern annähernd (0,5 %). In sektoraler Betrachtung legte die Arbeitslosenzahl im Dienstleistungsbereich zu und lag in der Sachgüterproduktion annähernd auf dem Vorjahresniveau.

Mit der weiterhin verhaltenen Konjunktur und dem nur wenig steigenden Arbeitskräftepotenzial dürfte die Arbeitslosenzahl auch im weiteren Jahresverlauf über dem Vergleichswert des Vorjahres liegen und erst 2027 wieder zu sinken beginnen. Ausgehend von 317.500 vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2025 dürfte die Arbeitslosenzahl im laufenden Jahr geringfügig auf 322.500 ansteigen und im kommenden Jahr auf 320.500 sinken. Dies impliziert für die (nationale) **Arbeitslosenquote** Werte von 7,5 % bzw. 7,4 % für die Jahre 2026 und 2027. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition dürfte 5,7 % bzw. 5,6 % betragen.

Die Budgetsituation erfordert es, die Mittel für Arbeitsmarktpolitik effizient einzusetzen. Die demografische Entwicklung wird das Potenzialwachstum bremsen. Zusätzlich bringen Digitalisierung und ökologische Transformation der Wirtschaft zusätzliche Qualifikationsanforderungen für die Arbeitskräfte mit sich. Die Arbeitsmarktpolitik ist vor diesem Hintergrund gefordert, die Beschäftigungsfähigkeit des Arbeitskräftepotenzials durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen zu erhöhen. Durch weitere Maßnahmen mit Präventionscharakter, etwa im Bereich frühkindliche Bildung, des Erwerbs schulischer Grundkompetenzen und der Gesundheitsförderung, könnte längerfristig zusätzliches Beschäftigungspotenzial gehoben werden.

3.8 Monetäre Entwicklungen

Die Europäische Zentralbank hat ihre Leitzinsen seit der letzten Senkung im Juni 2025 unverändert gelassen, die Bank of England und die US-Notenbank Fed nahmen ihre Leitzinsen zuletzt im Dezember 2025 zurück. Der Einlagesatz im Euroraum liegt gegenwärtig bei 2 %, das Zielband für Taggeld in den USA beträgt 3,5 % bis 3,75 % und der Repo-Satz im Vereinigten Königreich liegt bei 3,75 % (Tabelle 5). Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI betrug im Februar 1,9 % und lag damit knapp unterhalb der EZB-Zielmarke von 2 %. Aufgrund des Energiepreisschocks infolge des Iran-Krieges hat der Inflationsdruck im März massiv zugenommen und das IHS rechnet nun mit Leitzinserhöhungen der EZB und durchschnittlichen jährlichen Inflationsraten für den Euroraum von 2,7 % bzw. 2,5 %.

Im Euroraum wurden die Leitzinsen zuletzt im Juni des vergangenen Jahres gesenkt. Der Einlagesatz, der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzenrefinanzierungssatz liegen damit gegenwärtig bei 2 %, 2,15 % bzw. 2,4 %. Der Abbau der Wertpapierbestände aus den zurückliegenden Ankaufprogrammen (APP, PEPP) wird unverändert fortgeführt. Aktuell betragen die Bestände in den beiden Ankaufprogrammen rund 3,7 Billionen Euro und dürften bei gleichbleibender

Abbaugeschwindigkeit in rund 7,5 (APP) bzw. 8,5 (PEPP) Jahren vollständig abgebaut sein.

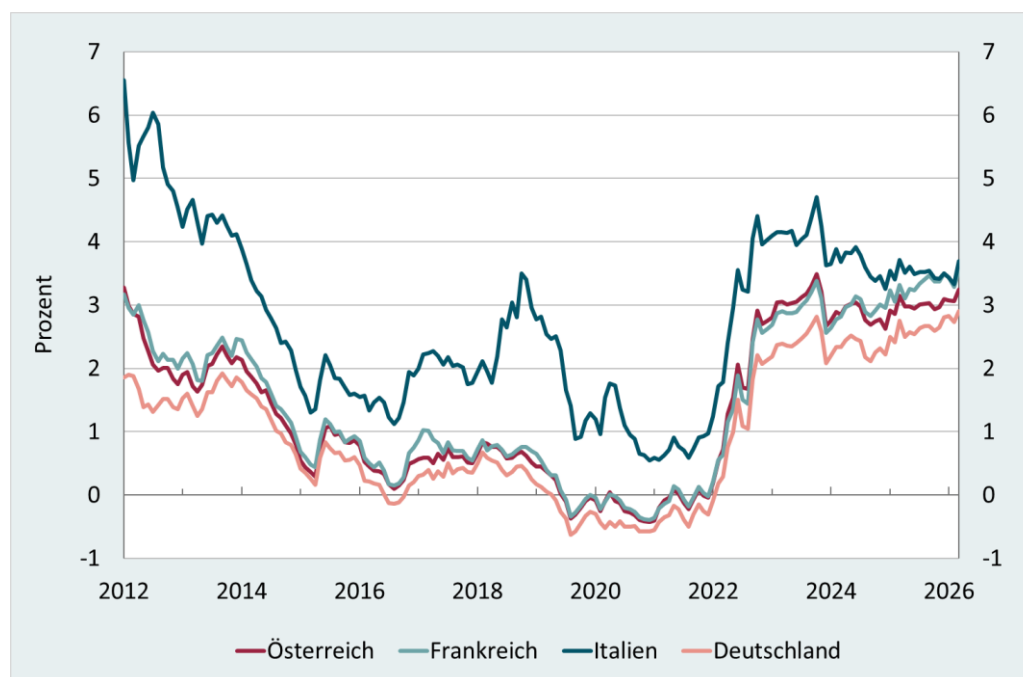
Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2023	4	5,25 – 5,5	5,25	1,75	-0,1
Ende 2024	3	4,25 – 4,5	4,75	0,5	0,25
Ende 2025	2	3,5 – 3,75	3,75	0	0,5
27.3.2026	2	3,5 – 3,75	3,75	0	0,5

Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream

Die Geldmarktzinsen im Euroraum waren seit Mitte des vergangenen Jahres im Einklang mit der Zinspolitik der EZB konstant, bis sie in Folge des Energieschocks im März leicht anzogen. Der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des ersten Quartals bei 2,1 %. Damit ist er gegenüber dem Vorquartal geringfügig gestiegen (10 Basispunkte) und gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 50 Basispunkte gesunken. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut durchschnittliche Jahreswerte von 2,4 %, und 2,8 %.

Abbildung 18: Renditen zehnjähriger Staatsanleihen



Quelle: LSEG Datastream

Die Renditen von Staatsanleihen im Euroraum sind im Zuge des jüngsten Energiepreisschocks deutlich angestiegen. Die Renditen für Deutschland zogen um rund 40 Basispunkte an, jene für Österreich und Frankreich um rund 50 Basispunkte, und die Renditen für Italien stiegen um 80 Basispunkte (Abbildung 18). Im Durchschnitt des ersten Quartals notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu 3,1 % bzw. 2,8 %. Dies bedeutet einen leichten Anstieg der Renditen, sowohl im Vergleich zum Vorquartal als auch im Vergleich zum Vorjahresquartal. Für die Jahre 2026 und 2027 erwartet das Institut für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren durchschnittliche Renditen von jeweils 3,4 %.

Im Durchschnitt des ersten Quartals 2026 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,17 USD/EUR. Damit notierte der Euro gegenüber dem Vorquartal in etwa konstant und hat gegenüber dem Vorjahresquartal aufgewertet (um rund 11 %). Für die Jahre 2026 und 2027 erwartet das Institut einen durchschnittlichen Wechselkurs von 1,15 USD/EUR bzw. 1,16 USD/EUR.

Die Prognose des IHS zur Entwicklung der Einlagen und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten in den Jahren 2026 und 2027 fällt wie folgt aus. Die Einlagen inländischer Nichtbanken sollten um 1,7 % bzw. 0,8 % steigen. Für das Kreditvolumen an inländische Nichtbanken prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 1,2 % bzw. 1,0 %.

4 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	382,516 0,6%	384,546 0,5%	387,606 0,8%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	512,813 3,8%	527,322 2,8%	542,230 2,8%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	108,966 2,6%	110,929 1,8%	116,502 5,0%	124,860 7,2%	129,963 4,1%	134,063 3,2%	137,129 2,3%	139,892 2,0%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2025=100)	78,0 1,4%	80,2 2,8%	87,1 8,6%	93,8 7,8%	96,6 2,9%	100,0 3,6%	102,9 2,9%	105,4 2,4%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	52,713 1,8%	53,936 2,3%	56,554 4,9%	60,383 6,8%	64,710 7,2%	67,042 3,6%	68,383 2,0%	69,922 2,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3904,719 0,2%	3912,529 0,2%	3928,179 0,4%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	9,926 2,574	8,019 -1,907	6,300 -1,720	6,406 0,106	6,994 0,588	7,415 0,421	7,516 0,101	7,444 -0,072

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
PRIVATER KONSUM	173,878 -7,6%	182,427 4,9%	192,218 5,4%	191,778 -0,2%	193,660 1,0%	194,534 0,5%	195,507 0,5%	196,876 0,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,267 -0,8%	76,777 7,7%	76,779 0,0%	77,278 0,6%	80,226 3,8%	82,115 2,4%	82,115 0,0%	82,320 0,2%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	87,900 -5,3%	93,152 6,0%	92,913 -0,3%	91,681 -1,3%	87,776 -4,3%	88,974 1,4%	88,992 0,0%	89,638 0,7%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	1,461 0,4	6,039 1,6	11,216 2,9	1,666 0,4	-2,919 -0,8	-2,403 -0,6	-1,903 -0,5	-1,153 -0,3
INLANDSNACHFRAGE	336,297 -5,7%	360,099 7,1%	374,133 3,9%	362,612 -3,1%	359,726 -0,8%	364,763 1,4%	366,393 0,4%	369,469 0,8%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	12,587 3,6	5,416 1,5	11,113 2,9	19,242 5,0	19,411 5,1	16,544 4,3	16,953 4,4	16,937 4,4
BIP ZU MARKTPREISEN	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	382,516 0,6%	384,546 0,5%	387,606 0,8%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
PRIVATER KONSUM	-3,867	2,438	2,665	-0,117	0,507	0,235	0,259	0,365
ÖFFENTLICHER KONSUM	-0,161	1,648	0,001	0,133	0,785	0,508	0,000	0,054
BRUTTOINVESTITIONEN	-1,386	2,822	1,377	-3,027	-2,365	0,476	0,180	0,414
ANLAGEINVESTITIONEN	-1,336	1,502	-0,066	-0,334	-1,052	0,321	0,005	0,171
LAGERVERÄNDERUNGEN	-0,051	1,312	1,414	-2,476	-1,198	0,136	0,131	0,195
EXPORTE I.W.S.	-5,863	4,912	5,285	-0,386	-1,341	0,164	0,584	1,129
WAREN	-2,920	4,535	2,321	-0,390	-1,846	-0,071	0,219	0,725
DIENSTLEISTUNGEN	-2,943	0,377	2,964	0,004	0,506	0,235	0,365	0,404
IMPORTE I.W.S.	5,008	-6,828	-3,818	2,702	1,463	-0,913	-0,500	-1,178
WAREN	2,472	-5,246	-1,300	3,214	2,136	-0,618	-0,177	-0,799
DIENSTLEISTUNGEN	2,536	-1,582	-2,517	-0,512	-0,673	-0,296	-0,323	-0,379
BRUTTOINLANDSPRODUKT	-6,318	4,923	5,331	-0,786	-0,659	0,616	0,531	0,796

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
HAUSHALTSSPARQUOTE	13,6	11,3	9,1	8,6	11,7	9,9	9,2	9,0
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	6,3	-2,2	-2,3	-0,4	3,0	-1,8	-0,6	-0,2
INVESTITIONSQUOTE	25,1	25,9	25,2	24,7	23,5	23,5	23,5	23,6
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,1	0,7	-0,7	-0,5	-1,1	0,0	0,0	0,1
REALZINSSATZ	-2,82	-1,81	-3,31	-4,09	-1,25	-0,16	1,10	1,40
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,40	1,01	-1,49	-0,79	2,85	1,08	1,27	0,30
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	78,03 1,4%	80,18 2,8%	87,09 8,6%	93,81 7,7%	96,55 2,9%	100,00 3,6%	102,90 2,9%	105,37 2,4%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,604 0,7%	48,804 0,4%	47,512 -2,6%	46,901 -1,3%	48,756 4,0%	49,185 0,9%	48,755 -0,9%	48,683 -0,1%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9,578 -4,4%	9,806 2,4%	10,033 2,3%	9,839 -1,9%	9,754 -0,9%	9,796 0,4%	9,829 0,3%	9,867 0,4%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	143,467 6,4%	143,378 -0,1%	146,940 2,5%	159,978 8,9%	172,951 8,1%	178,405 3,2%	181,374 1,7%	184,727 1,8%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	6,1	6,2	4,8	5,1	5,2	5,7	5,7	5,6
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,3	0,1	-1,4	0,3	0,1	0,5	0,0	-0,1
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-8,2	-5,7	-3,4	-2,6	-4,7	-4,2	-4,2	-4,1
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-8,7	2,5	2,3	0,8	-2,1	0,5	0,0	0,0

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	181,205 -7,0%	193,307 6,7%	220,047 13,8%	236,917 7,7%	246,389 4,0%	254,222 3,2%	262,902 3,4%	271,096 3,1%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,395 3,1%	8,396 13,5%	8,916 6,2%	10,078 13,0%	11,211 11,2%	11,651 3,9%	12,002 3,0%	12,328 2,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	81,044 3,9%	88,623 9,4%	92,284 4,1%	98,315 6,5%	106,712 8,5%	112,351 5,3%	113,755 1,3%	115,180 1,3%
BRUTTOINVESTITIONEN	97,563 -3,3%	112,351 15,2%	131,385 16,9%	124,257 -5,4%	116,492 -6,2%	121,328 4,2%	126,640 4,4%	131,455 3,8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	50,370 -6,0%	54,908 9,0%	58,598 6,7%	63,058 7,6%	63,263 0,3%	68,139 7,7%	71,305 4,6%	74,549 4,5%
BAUINVESTITIONEN	45,220 -1,0%	50,162 10,9%	54,704 9,1%	54,908 0,4%	53,085 -3,3%	52,509 -1,1%	52,670 0,3%	53,447 1,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,264 -0,305	0,000 -0,264	0,008 0,008	-0,430 -0,438	0,780 1,210	1,036 0,256	1,053 0,016	1,074 0,021
INLANDSNACHFRAGE	367,471 -3,7%	402,677 9,6%	452,640 12,4%	469,138 3,6%	481,583 2,7%	500,587 3,9%	516,351 3,1%	531,133 2,9%
EXPORTE I.W.S.	196,484 -11,2%	227,303 15,7%	276,043 21,4%	279,472 1,2%	275,099 -1,6%	280,519 2,0%	288,533 2,9%	298,914 3,6%
IMPORTE I.W.S.	183,637 -11,3%	223,748 21,8%	279,301 24,8%	270,772 -3,1%	262,595 -3,0%	268,293 2,2%	277,562 3,5%	287,817 3,7%
BIP ZU MARKTPREISEN	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	512,813 3,8%	527,322 2,8%	542,230 2,8%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	167,079 -7,9%	174,915 4,7%	184,865 5,7%	184,019 -0,5%	185,643 0,9%	186,506 0,5%	187,439 0,5%	188,751 0,7%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,801 2,1%	7,513 10,5%	7,360 -2,0%	7,758 5,4%	8,015 3,3%	8,028 0,2%	8,068 0,5%	8,124 0,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,267 -0,8%	76,777 7,7%	76,779 0,0%	77,278 0,6%	80,226 3,8%	82,115 2,4%	82,115 0,0%	82,320 0,3%
BRUTTOINVESTITIONEN	89,361 -5,4%	99,191 11,0%	104,129 5,0%	93,347 -10,4%	84,857 -9,1%	86,571 2,0%	87,230 0,8%	88,733 1,7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	47,978 -6,9%	51,548 7,4%	52,289 1,4%	53,165 1,7%	51,658 -2,8%	54,227 5,0%	55,040 1,5%	56,141 2,0%
BAUINVESTITIONEN	39,881 -3,5%	41,612 4,3%	40,734 -2,1%	38,885 -4,5%	36,592 -5,9%	35,518 -2,9%	34,843 -1,9%	34,495 -1,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,931 -0,047	2,396 0,465	1,484 -0,912	1,053 -0,431	2,023 0,969	2,752 0,730	2,741 -0,011	2,741 0,000
INLANDSNACHFRAGE	336,297 -5,7%	360,099 7,1%	374,133 3,9%	362,612 -3,1%	359,726 -0,8%	364,763 1,4%	366,393 0,4%	369,469 0,8%
EXPORTE I.W.S.	193,238 -10,5%	211,611 9,5%	231,600 9,4%	230,142 -0,6%	224,868 -2,3%	225,532 0,3%	227,939 1,1%	232,644 2,1%
IMPORTE I.W.S.	180,651 -9,6%	206,195 14,1%	220,487 6,9%	210,901 -4,3%	205,456 -2,6%	208,987 1,7%	210,986 1,0%	215,707 2,2%
BIP ZU MARKTPREISEN	349,025 -6,3%	366,208 4,9%	385,730 5,3%	382,698 -0,8%	380,175 -0,7%	382,516 0,6%	384,546 0,5%	387,606 0,8%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	108,455 1,0%	110,515 1,9%	119,031 7,7%	128,746 8,2%	132,722 3,1%	136,307 2,7%	140,260 2,9%	143,627 2,4%
ÖFFENTLICHER KONSUM	113,720 4,7%	115,430 1,5%	120,194 4,1%	127,223 5,8%	133,014 4,6%	136,822 2,9%	138,532 1,3%	139,917 1,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	108,748 1,7%	112,794 3,7%	121,944 8,1%	128,670 5,5%	132,550 3,0%	135,599 2,3%	139,310 2,7%	142,793 2,5%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	104,985 1,0%	106,518 1,5%	112,065 5,2%	118,609 5,8%	122,464 3,2%	125,656 2,6%	129,551 3,1%	132,790 2,5%
BAUINVESTITIONEN	113,388 2,6%	120,547 6,3%	134,296 11,4%	141,208 5,1%	145,074 2,7%	147,837 1,9%	151,163 2,3%	154,942 2,5%
INLANDSNACHFRAGE	109,270 2,1%	111,824 2,3%	120,984 8,2%	129,377 6,9%	133,875 3,5%	137,236 2,5%	140,928 2,7%	143,756 2,0%
EXPORTE I.W.S.	101,680 -0,8%	107,415 5,6%	119,190 11,0%	121,434 1,9%	122,338 0,7%	124,381 1,7%	126,583 1,8%	128,486 1,5%
IMPORTE I.W.S.	101,653 -1,9%	108,513 6,7%	126,675 16,7%	128,388 1,4%	127,811 -0,4%	128,378 0,4%	131,555 2,5%	133,430 1,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	108,966 2,6%	110,929 1,8%	116,502 5,0%	124,860 7,2%	129,963 4,1%	134,063 3,2%	137,129 2,3%	139,892 2,0%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	139,300 -8,7%	167,055 19,9%	197,629 18,3%	196,354 -0,6%	186,086 -5,2%	186,845 0,4%	191,256 2,4%	197,520 3,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	46,800 -7,3%	52,511 12,2%	61,623 17,4%	63,021 2,3%	67,657 7,4%	70,818 4,7%	73,498 3,8%	76,655 4,3%
REISEVERKEHR	10,384 -42,9%	7,737 -25,5%	16,791 117,0%	20,097 19,7%	21,357 6,3%	22,856 7,0%	23,779 4,0%	24,740 4,0%
EXPORTE I.W.S.	196,484 -11,2%	227,303 15,7%	276,043 21,4%	279,472 1,2%	275,099 -1,6%	280,519 2,0%	288,533 2,9%	298,914 3,6%
WARENIMPORTE	134,774 -9,0%	167,225 24,1%	207,265 23,9%	193,687 -6,6%	180,038 -7,0%	181,777 1,0%	187,253 3,0%	193,859 3,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	45,361 -8,0%	50,888 12,2%	61,776 21,4%	65,115 5,4%	69,843 7,3%	73,113 4,7%	76,365 4,4%	79,450 4,0%
REISEVERKEHR	3,502 -63,7%	5,636 60,9%	10,260 82,1%	11,970 16,7%	12,714 6,2%	13,403 5,4%	13,944 4,0%	14,508 4,0%
IMPORTE I.W.S.	183,637 -11,3%	223,748 21,8%	279,301 24,8%	270,772 -3,1%	262,595 -3,0%	268,293 2,2%	277,562 3,5%	287,817 3,7%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	139,548 -7,6%	156,826 12,4%	165,677 5,6%	164,207 -0,9%	156,829 -4,5%	156,533 -0,2%	157,472 0,6%	160,622 2,0%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	44,084 -7,5%	48,138 9,2%	52,420 8,9%	51,291 -2,2%	53,129 3,6%	53,736 1,1%	54,811 2,0%	56,044 2,3%
REISEVERKEHR	9,782 -43,1%	7,080 -27,6%	13,824 95,3%	14,930 8,0%	15,048 0,8%	15,323 1,8%	15,629 2,0%	15,942 2,0%
EXPORTE I.W.S.	193,238 -10,5%	211,611 9,5%	231,600 9,4%	230,142 -0,6%	224,868 -2,3%	225,532 0,3%	227,939 1,1%	232,644 2,1%
WARENIMPORTE	133,705 -6,6%	153,499 14,8%	158,347 3,2%	147,312 -7,0%	139,550 -5,3%	141,915 1,7%	142,624 0,5%	145,833 2,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	43,601 -7,9%	47,432 8,8%	53,413 12,6%	54,374 1,8%	56,660 4,2%	57,646 1,7%	58,741 1,9%	60,063 2,3%
REISEVERKEHR	3,366 -63,7%	5,317 58,0%	8,911 67,6%	9,945 11,6%	10,343 4,0%	10,543 1,9%	10,753 2,0%	10,968 2,0%
IMPORTE I.W.S.	180,651 -9,6%	206,195 14,1%	220,487 6,9%	210,901 -4,3%	205,456 -2,6%	208,987 1,7%	210,986 1,0%	215,707 2,2%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	99,823 -1,2%	106,523 6,7%	119,285 12,0%	119,577 0,2%	118,655 -0,8%	119,365 0,6%	121,454 1,8%	122,972 1,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	106,160 0,3%	109,084 2,8%	117,557 7,8%	122,870 4,5%	127,343 3,6%	131,788 3,5%	134,094 1,8%	136,776 2,0%
REISEVERKEHR	106,160 0,3%	109,284 2,9%	121,469 11,2%	134,602 10,8%	141,927 5,4%	149,161 5,1%	152,144 2,0%	155,187 2,0%
EXPORTE I.W.S.	101,680 -0,8%	107,415 5,6%	119,190 11,0%	121,434 1,9%	122,338 0,7%	124,381 1,7%	126,583 1,8%	128,486 1,5%
WARENIMPORTE	100,799 -2,5%	108,942 8,1%	130,893 20,1%	131,481 0,4%	129,014 -1,9%	128,089 -0,7%	131,291 2,5%	132,932 1,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,036 -0,1%	107,287 3,1%	115,657 7,8%	119,755 3,5%	123,268 2,9%	126,832 2,9%	130,002 2,5%	132,277 1,8%
REISEVERKEHR	104,036 -0,1%	105,986 1,9%	115,135 8,6%	120,362 4,5%	122,931 2,1%	127,130 3,4%	129,673 2,0%	132,266 2,0%
IMPORTE I.W.S.	101,653 -1,9%	108,513 6,7%	126,675 16,7%	128,388 1,4%	127,811 -0,4%	128,378 0,4%	131,555 2,5%	133,430 1,4%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100,026 1,2%	98,988 -1,0%	94,091 -4,9%	94,583 0,5%	95,718 1,2%	96,887 1,2%	96,221 -0,7%	96,295 0,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	99,031 1,4%	97,779 -1,3%	91,132 -6,8%	90,947 -0,2%	91,971 1,1%	93,189 1,3%	92,507 -0,7%	92,507 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
IMPORTQUOTE, GESAMT	48,285	55,079	62,152	56,666	53,147	52,318	52,636	53,080
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-4,026	6,794	7,073	-5,486	-3,519	-0,830	0,318	0,444
IMPORTQUOTE, GÜTER	35,437	41,165	46,122	40,534	36,438	35,447	35,510	35,752
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,974	5,728	4,957	-5,588	-4,096	-0,991	0,063	0,242
EXPORTQUOTE, GESAMT	51,663	55,954	61,427	58,487	55,678	54,702	54,717	55,127
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-4,233	4,291	5,473	-2,941	-2,808	-0,976	0,015	0,410
EXPORTQUOTE, GÜTER	36,627	41,123	43,978	41,092	37,663	36,435	36,269	36,427
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,914	4,496	2,855	-2,886	-3,430	-1,227	-0,166	0,158

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5925,675 0,2%	5931,04138 0,1%	5979,61688 0,8%	6016,521 0,6%	6022,115 0,1%	6012,394 -0,2%	5999,795 -0,2%	5980,860 -0,3%
ERWERBSQUOTE	78,006 0,4%	78,212 0,3%	78,347 0,2%	78,727 0,5%	79,233 0,6%	79,766 0,7%	80,085 0,4%	80,565 0,6%
ERWERBSPERSONEN	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,854 1,0%	4736,630 1,1%	4 771,513 0,7%	4 795,835 0,5%	4804,928 0,2%	4818,503 0,3%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3665,132 -0,5%	3652,237 -0,4%	3645,822 -0,2%	3621,204 -0,7%	3600,932 -0,6%	3581,397 -0,5%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1084,393 6,3%	1125,691 3,8%	1174,630 4,3%	1203,996 2,5%	1237,106 2,8%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	508,100 1,2%	509,600 0,3%	513,000 0,7%	513,300 0,1%	513,813 0,1%	513,813 0,0%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4227,030 1,2%	4258,513 0,7%	4282,535 0,6%	4291,115 0,2%	4304,689 0,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3904,719417 0,2%	3912,529 0,2%	3928,179 0,4%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	66,838 -3,2%	62,889 -5,9%	60,276 -4,2%	56,056 -7,0%	56,056 0,0%
ARBEITSLOSE	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	270,773 2,9%	297,851 10,0%	317,540 6,6%	322,530 1,6%	320,454 -0,6%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,9 2,6	8,0 -1,9	6,3 -1,7	6,4 0,1	7,0 0,6	7,4 0,4	7,5 0,1	7,4 -0,1

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	192,084 -0,3%	201,416 4,9%	217,424 7,9%	234,855 8,0%	252,226 7,4%	261,782 3,8%	267,551 2,2%	274,666 2,7%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	156,017 1,2%	166,607 6,8%	182,265 9,4%	188,533 3,4%	184,199 -2,3%	188,228 2,2%	193,513 2,8%	197,994 2,3%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	32,217 -34,0%	38,209 18,6%	49,693 30,1%	54,449 9,6%	57,662 5,9%	62,803 8,9%	66,258 5,5%	69,570 5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	380,318 -3,9%	406,232 6,8%	449,382 10,6%	477,837 6,3%	494,088 3,4%	512,813 3,8%	527,322 2,8%	542,230 2,8%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	4,185 -565,8%	6,700 60,1%	1,138 -83,0%	3,259 186,2%	-0,954 -129,3%	-2,100 120,2%	-2,142 2,0%	-2,185 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	79,778 3,9%	83,753 5,0%	91,922 9,8%	99,138 7,8%	103,476 3,8%	107,357 3,8%	110,846 3,3%	114,448 3,3%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	304,725 -4,2%	329,179 8,0%	358,598 8,9%	381,958 6,5%	389,658 2,0%	403,356 3,5%	414,334 2,7%	425,597 2,7%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,768 7,6%	-2,857 -24,2%	-2,774 -2,9%	-3,476 25,3%	-3,143 -9,6%	-3,812 21,3%	-3,926 3,0%	-4,162 6,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	300,957 -4,3%	326,322 8,4%	355,824 9,0%	378,482 6,4%	386,515 2,1%	399,544 3,4%	410,408 2,7%	421,435 2,7%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	403,721 6,1%	425,328 5,4%	438,894 3,2%	437,649 -0,3%	452,587 3,4%	468,579 3,5%	476,545 1,7%	480,358 0,8%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	380,664 4,3%	396,232 4,1%	423,029 6,8%	432,855 2,3%	435,438 0,6%	441,019 1,3%	446,312 1,2%	450,775 1,0%
EURIBOR 3M	-0,43	-0,55	0,35	3,43	3,57	2,18	2,38	2,79
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,07	-0,12	0,90	3,09	0,14	-1,39	0,20	0,41
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	-0,22	-0,09	1,72	3,08	2,84	2,99	3,39	3,42
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,28	0,14	1,80	1,36	-0,24	0,15	0,40	0,03

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
USD/EUR	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,05 -11,0%	1,08 2,9%	1,08 0,0%	1,13 4,6%	1,15 1,8%	1,16 0,9%
GBP/EUR	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,87 2,4%	0,85 -2,3%	0,86 1,2%	0,87 1,2%	0,86 -1,1%
YEN/EUR	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	138,02 6,3%	152,00 10,1%	163,80 7,8%	169,01 3,2%	182,38 7,9%	182,19 -0,1%
CHF/EUR	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,01 -6,5%	0,97 -4,0%	0,95 -2,1%	0,94 -1,1%	0,90 -4,3%	0,90 0,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	-0,6%	0,8%	2,9%	0,7%	-0,9%	0,3%	0,2%	0,2%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	-5,1%	7,1%	3,2%	-2,3%	0,3%	0,7%	0,5%	1,0%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	-6,3%	4,9%	5,3%	-0,8%	-0,7%	0,6%	0,5%	0,8%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)